Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Nummer des Abos 3 bezahlt bis ID Nr.

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen – sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.

Posteinlieferung von ID Nr. *241*, Freitag, 20 Uhr

R: Wie sieht's bei dir aus, B?

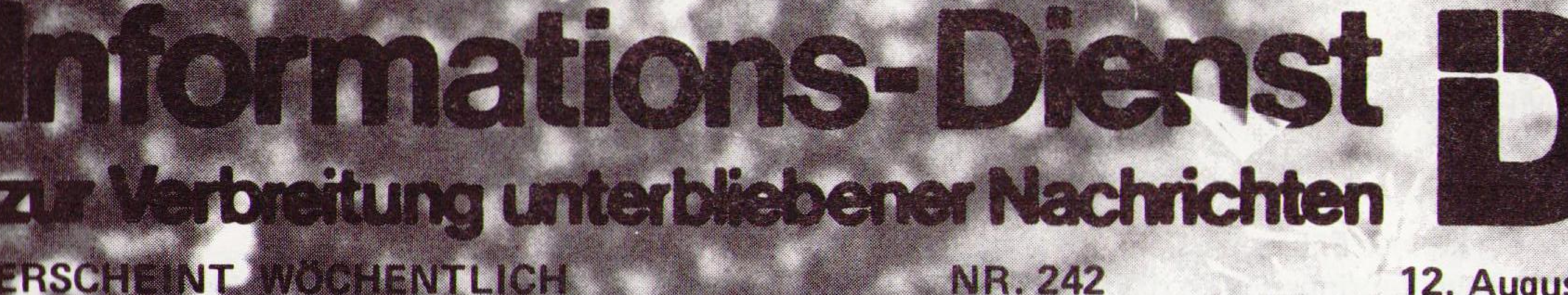
B: Bei mir ist das schwieriger. Meine Kontakte zu Leuten, von denen ich mich in Frage stellen lassen würde, sind stark eingeschränkt. Das ist für mich aber auch zum Teil ein Zeitproblem. Im Grunde genommen mußt du nämlich die Initiative für so Sachen immer selbst übernehmen, die Leute kommen einen nicht besuchen. An der Uni war dies bedeutend einfacher. Man ist den Leuten immer so auf dem Campus begegnet und hat dann im KOZ mal eine halbe Stunde mit den Leuten geredet. Diese halbe Stunden haben sich dann die Woche über zu ganz sinnvollen Gesprächen summiert. Heute mußt du halt zu jemanden hinfahren und dann den ganzen Abend mit ihm reden. Da ergibt sich aber die Schwierigkeit, daß ich von der Arbeit her, abends, wenn ich nach Hause komme, erledigt bin. Um das ein bißchen klarer zu machen: Was ich an der Stelle so unheimlich schlimm finde, ist, daß ich acht Stunden lang Theater spiele, jemanden spiele, der auch von den Schwierigkeiten, die im Betrieb ablaufen, gar nicht berührt zu sein schient, daß ich also eine Rolle spiele, die ich abends nicht einfach beiseite

WIE SOZIAL IST DAS ARBEITSAMT HAMBURG?

HAMBURG
2. August *Pressemitteilung des Rechtsanwaltes:*

Am 3.1.1978 beantragte ein 30-jähriger Türke eine Arbeitserlaubnis für einen Hamburger Gaststättenbetrieb, der ihn als Küchenhelfer einstellen wollte. Der vorher nicht erwerbstätige Antragsteller wollte arbeiten, weil seine in den früheren Jahren erwerbstätige türkische Ehefrau arbeitslos und schwanger geworden war. Eine Schwangere wollte jedoch niemand einstellen, weshalb der Ehemann an Stelle seiner Frau für den Unterhalt sorgen wollte, da die Arbeitslosenunterstützung, die seine Frau erhielt, für den Familienunterhalt und das noch ungeborene Kind nicht reichte. Dennoch wurde der Antrag allein mit dem pauschalen Hinweis auf die allgemeine Arbeitsmarktlage abgelehnt. Hiergegen erwirkte der Antragsteller bei dem Sozialgericht eine einstweilige Anordnung auf Erteilung der Er-

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 242 12. August
Einzelverkaufspreis: 1,50 DM incl. 6% Mwst.
Telefon: 0611 / 704 352



FALSCHE KONTONUMMER

„Liebe ID-Leute

Bei der ID-Ausgabe Nr. 240 ist ein kleiner Fehler passiert. Unter unserem Artikel „Linken Anwälten/innen wird das Wasser abgegraben" habt ihr unseren Spendenaufruf mit der Kontonummer abgedruckt. Folgendes: da wir euch nur die Photokopie zugesendet haben, ist die letzte Zahl der Kontonummer nicht mit abgelichtet worden. Sie lautet nicht 07201767 sondern072017673. Wäre wiedereinmal sehr nett von Euch wenn ihr eine Berichtigung im nächsten ID bringen könntet.

Liebe Grüße . . . "

HINWEIS

Wie zu erfahren war, hat sich in die Senderbauanleitung, die in der Autonomie 11 veröffentlicht wurde, ein Printfehler eingeschlichen. Interessierten Zeitgenossen wird die Berichtigung zugesandt.

Autonomie, Technischer Beirat, Hamburger Allee 45, 6 Ffm 90

BROSCHÜRE ZU BIOENERGIE AUS ABFALL UND MIST

FREIBURG
Juli 78

"Liebe Freunde und Umweltschützer,

wir sind eine Gruppe, die sich seit einem Jahr intensiv mit der Nutzung alternativer Energiequellen beschäftigt. Zu diesem Zweck haben wir die GESELLSCHAFT FÜR INTERDISZIPLINÄRE TECHNOLOGIE (GFIT) gegründet. Wir sind alle seit langem im Umweltschutz engagiert und wollen mit unserem Projekt einen Beitrag zur Entwicklung mittlerer Technologien leisten. Zur Zeit arbeiten wir schwerpunktmäßig an der Entwicklung einer wirtschaftlichen Biogasanlage für landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland. Wir haben die Erfahrungen mit bestehenden oder ehemaligen Biogasanlagen gesammelt und sehr viel Literatur ausgewertet. Diese Erfahrungen möchten wir auch allen daran Interessierten weitergeben. Deshalb haben wir eine Broschüre herausgegeben, die eine Einführung in die Nutzung von Energie aus Abfall gibt sowie auf wichtige Literatur hinweist. Sie ist gegen eine Schutzgebühr von DM 1,50 + Porto erhältlich bei":

GFIT mbh, Elsässerstr. 43, 78 Freiburg, Tel. 0761/83160

ZUR SOMMERAUSGABE VOM 3.WELT MAGAZIN

FRANKFURT
5. August

Die Juli-August Ausgabe des 3.Welt Magazins enthält als thematischer Schwerpunkt Artikel über Korea, außerdem Beiträge zu Zaire, Eritrea, den Wahlen in Bolivien und u.a. einen unveröffentlichten Leserbrief an die "Bild"-Zeitung, worin der "Bild"-Artikel über die Humaität in einem argentinischen Gefängnis von einem ehemaligen Häftling dieses Gefängnisses auf seine Wahrheit hin untersucht wird. Konkreter kann man die Lügen von "Bild" nicht bloßstellen.

BROSCHÜRE ÜBER GLU UND GRUHL PARTEI

HAMBURG
Juli 78

Die Hamburger Bunte Liste/Wehrt Euch erstellte eine Dokumentation ("Feigenblatt oder Alternative? " 32 S. DM 1,50). Sie geht ausführlich auf die GLU (Hamburg, Hessen, NRW, Bayern), die AUD und die Persönlichkeiten der "Vierten Partei" ein (Gruhl, Grizimek, Konrad Lorenz, Horst Stern und Herrmann Fredersdorf)

Öffentlichkeitsausschuß der Bunten Liste/Wehrt Euch c/o R. Trampert, Fruchtallee 9, 2 Hamburg 19, Tel. 040/ 432171

ATOMEXPRESS: SCHWERPUNKT GORLEBEN

GÖTTINGEN
5. August

Liebe Freunde!

Wir möchten hiermit alle Einzelpersonen und Gruppen auffordern, sich an der Erstellung des nächsten "Atomexpress" inhaltlich zu beteiligen und uns zum Thema "Situation und Widerstand in Gorleben" Artikel, Leserbriefe, Meinungen zu schreiben. Denn außerhalb des "Aufrufs zum Widerstand" der BI-Lüchow-Dannenberg/Freundschaftskreise kennen wir von keiner anderen Gruppe den derzeitigen Diskussionsstand zu diesem Thema. (Redaktionsschluß 15.9.)

Adresse: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Redaktion "Atomexpress", Postfach 45, Marienstr. 10, Tel. 0551/7700158 34 Göttingen

AN ALLE KNASTGRUPPEN, GENOSSEN/INNEN, FREUNDE, KNACKIES . . . . !!

Wir planen eine Dokumentation über/gegen die Trennscheibe und Besucherbelästigungen, Versuche der Kriminalisierung, BeFa 7 . . . Hierfür brauchen wir Erlebnisberichte u.a. um eine umfassende und ausführliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu können. Jeder, der hierzu einen schriftlichen Beitrag leisten kann,

sende diesen bitte an: Knastgruppe Ossendorf (Stichwort: Trennscheibe). Kontaktadresse: KG-Ossendorf c/o der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5 Köln 41

GORLEBEN AKTUELL

LÜNEBURG
9. August

Die zweite erweiterte Auflage der Zeitung "Gorleben aktuell", herausgegeben von der Arbeitsgruppe Wiederaufbereitungsanlage in Lüneburg ist soeben erschienen. Inhalt: Interviews und Dokumente zur Spielplatzräumung, zum Landverkauf, zum Aktionstag am 3o.6. und Berichte zum Widerstand im Landkreis und zu den Landtagswahlen.
Die Broschüre kostet 0,80 DM (Mindestpreis) und ist zu beziehen über
Arbeitsgruppe Wiederaufbereitungsanlage, c/o Teja Lechel, Am Stintmarkt 6, 2120 Lüneburg. Tel. 04131/45290 (Mathias)

BÜCHERAUSTAUSCHZENTRALE IM KNAST OS-SENDORF

FRANKFURT
7. August

Die Knastgruppe Ossendorf plant eine Büchertauschzentrale für Gefangene im ganzen Bundesgebiet. Dazu schreibt sie:

"Um hier effektive Arbeit leisten zu können, brauchen wir einen relativ großen Bestand an Büchern, mit breitgestreutem Charakter. Diese Bücher werden den Gefangenen kostenlos geliehen. Bisher entstanden ungemein hohe Kosten durch die Verschickung von neuen Büchern in die Knäste, die wir länger nicht mehr selber tragen können. Eine Tauschzentrale würde diese Kosten stark senken, denn ein Buch bekäme eine Vielzal von Lesern. Wer bereit ist dies zu unterstützen, der sende Bücherspenden an: Edith ZEDLER (KG-Ossendorf) Holweider Str. 128, 5 Köln 80. Es müßen nicht unbedingt neue Bücher sein, die ihr spendet und die Anzahl ist gleich.
Wir sprechen hiermit nicht nur Einzelpersonen an, sondern alle, also auch Verlage, Gruppen, Initiativen, Knackies, . . .
Spendet Massen !!! Unmassen!!!
FREIHEIT UND GLÜCK FÜR ALLE GEFANGENEN!!!!!

Kontakt: Günter Butt (Knastgruppe Ossendorf) Nußbaumerstraße 39, 5 Köln 30

Außerdem ist eine Unterschriftenaktion eingeleitet worden, an der sich möglichst viele Leute beteiligen sollten. Schickt Briefe an das Bundesjustizministerium, Stresemannstr. 6 nach 53 Bonn-Bad Godesberg. Folgenden Text könnt ihr nehmen:

Hiermit protestieren Unterzeichnende auf das Schärfste gegen die am 1. Juni 1978 eingeführte Trennscheibe, gegen die schikanöse Behandlung von Besuchern durch Bundes- und Länderpolizei und die Speicherung der Besucherdaten im polizeilichen Computerverbundsystem!
Es ist allgemein bekannt, also auch den staatlichen Organen, daß die Isolation, welche eine Inhaftierung zwangsläufig bedeutet, zerstörende Wirkung auf Geist und Körper hat. Diese wird durch die Trennscheibe, das Unterbinden des körperlichen zwischenmenschlichen Kontaktes verstärkt. Soziale Bindungen, die nach dem 1977 in Kraft getretenen Strafvollzugsgesetz im Rahmen der Resozialisierungshilfe gefördert werden sollten, werden ebenfalls zerstört!
Die dem Besuch angegliederte Observation (offen oder versteckt), die Protokollierung des Besuchsgespräches, Hausdurchsuchungen und Berufsverbote dienen lediglich der Abschreckung des Besuchers und der damit verbundenen Isolierung des Gefangenen und sind durch nichts zu rechtfertigen.

4. UMSONST & DRAUSSEN VLOTHO IN PORTA WESTFALICA

VLOTHO
9. August

Der Verein "umsonst & draussen Vlotho" hat nach vielen Schwierigkeiten nun endlich ein Festivalgelände gefunden. Am 25. – 27. August findet das umsonst & draussen Festival Vlotho in Porta Westfalica statt. Die kleine Stadt Porta Westfalica an der Weser, hat sich für die Zusammenarbeit mit den Veranstaltern, das sind alle beteiligten Musiker und Akteure, entschlossen. In einer riesigen, seit längerer Zeit stillgelegter Kiesgrube feiern am Wochenende vom 25. – 27. August Musiker, Theaterleute, Pantomimen, Feuerschlucker, Jongleure und Clowns ihr Fest mit allen bekannten und unbekannten Freunden. Nach aussichtslos erscheinenden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Vlotho und anschließend bundesweiten Aktivitäten zur Freigabe eines entsprechenden Geländes, wird die kulturelle Alternative zu Scheeßel und Loreley nun doch stattfinden.

Kontakt: Schneeball, Vertrieb der Musiker, 3429 Lütgenhausen am Harz, Tel: 05529/707

THEATERGRUPPE SUCHT KONTAKT

Schweinfurter Knast- und Straßentheatergruppe sucht Kontakt zu antifaschistischen Gruppen.

Adresse: Birke Hegmann, Peter Wiech, Karl-Heinz Swobota und Klaus Zehelein - 8720 Schweinfurt - Am Unteren Wall 10

GERD ALBARTUS UND ENNO SCHWALL HABEN HUNGERSTREIK ABGEBROCHEN

DÜSSELDORF
8. AUGUST

Vom Prozeßbüro Albartus/Schwall:

Gerd Albartus und Enno Schwall haben ihren Hungerstreik gegen die Trennscheibe bei Besuchern abgebrochen, nachdem Richter Wagner sich entgegen den Gegenvorstellungen der Anstaltsleitung erneut gegen die Trennscheibe bei Besuchern entschieden hat. Damit sind Besuche mit Trennscheibe erstmal juristisch nicht mehr haltbar. Ob sich die Anstaltsleiteung daran hält, bleibt abzuwarten.

ID Nr. 240 S. 17

Prozeßbüro für Gerd Albartus, Enno Schwall und Hans-Joachim Schlehuber, 4 Düsseldorf Bilk, Konkordiastr. 81, Tel. 0211/39 65 14

GUDRUN STÜRMER IM HUNGERSTREIK

Die Untersuchungsgefangene GUDRUN STÜRMER, die zusammen mit Till Meyer, Gabriele Rollnik und Angelika Goder in Bulgarien von Beamten des BKA festgenommen wurde, befindet sich seit dem 2.8.1978 im Hungerstreik.

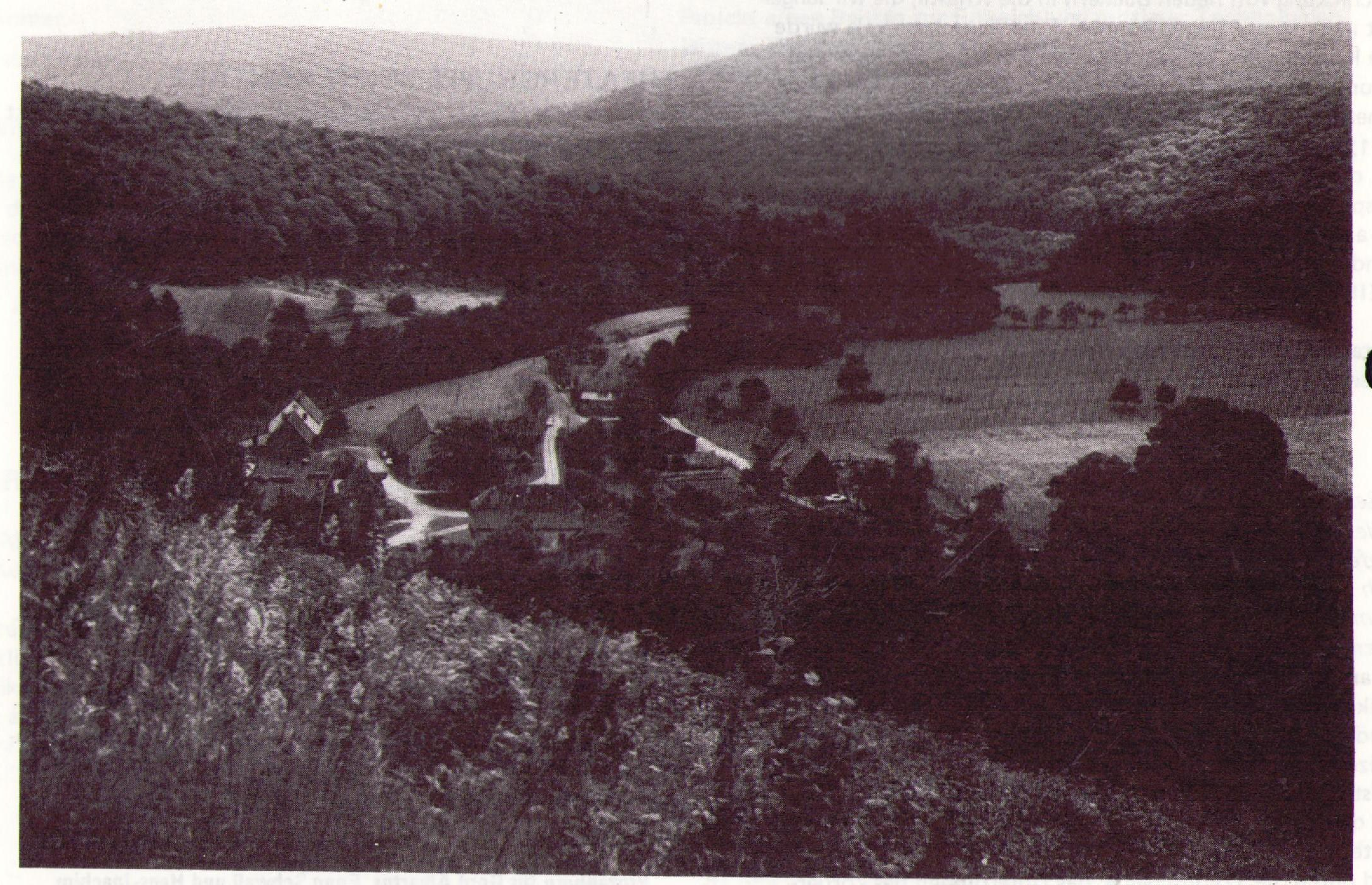
Seit dem 22.6.1978 wird sie in strengster Einzelhaft gehalten. Ihr Antrag vom 7.7.1978, ihr mit der gleichfalls in Köln-Ossendorf inhaftierten Angelika Goder Umschluß zu gewähren, ist bis heute nicht einmal beschieden worden. Trotz der seit langem von Gerichtsmedizinern, amnesty international und anderen Institutionen geforderte Zusammenlegung von Gefangenen zu sog. interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 10 bis 15 Gefangenen wird ihr jeglicher Kontakt zu Mitgefangenen abgeschnitten.

Ihr Anwalt ist Wolfgang Heiermann, Bochum, Bahnhofsplatz 9. Der Kontakt zu Gudrun über JVA-Köln-Ossendorf, Rochusstrasse

RETTET DAS HAFENLOHRTAL!

Rothenbuch-Lichtenau (Kreis Aschaffenburg)

24. Juni *Das Hafenlohrtal – benannt nach dem in Rothenbuch (Kr. Aschaffenburg) entspringenden Bach "Hafenlohr" – erstreckt sich über ca. 30 Kilometer bis zum Ort Hafenlohr (Main-Spessart-Kreis), wo die Hafenlohr in den Main mündet. Das Tal liegt inmitten des Naturparks "Bayrischer Spessart", und zwar 25 Kilometer östlich von Aschaffenburg. Der für das gesamte Gebiet zuständige Regierungsbezirk Unterfranken hat seinen Sitz in Würzburg. Der Spessart ist eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete in der Bundesrepublik. Das besagte Gebiet wird vor allem von Urlaubern aus dem Ruhrgebiet und von Naherholungssuchenden aus dem Raum Frankfurt/Mainz stark besucht. Der Tourismus ist für die hiesigen Gemeinden mangels Industrie und Landwirtschaft eine sehr wichtige Lebensquelle.*



Dieses Tal soll nach den Plänen der bayrischen Landesregierung und mit dem Einverständnis des großgrundbesitzenden Fürsten und Bankdirektors Löwenstein in einen See verwandelt werden.

Vor ungefähr 150 Besuchern, darunter Vertreter von Naturschutzverbänden, fand am 23. Juli 1978 die konstituierende Versammlung der "Aktionsgemeinschaft Hafenlohrtal" statt. Die erste Versammlung hatte bereits am 20.April 1978 stattgefunden. Die Aktionsgemeinschaft wendet sich gegen die Pläne der bayrischen Staatsregierung, im Hafenlohrtal ein Trinkwasserrückhaltebecken zu errichten. Die Planungen sehen eine 40 Meter hohe Staumauer bei Hafenlohr -Windheim (Kreis Main-Spessart) und eine Überflutung des Hafenlohrtals (ein Wiesental mit dicht bewaldeten Hängen) auf eine Länge von fünfzehn Kilometern bis weit hinein in den benachbarten Kreis Aschaffenburg vor. Damit würden auch die Rothenbucher Ortsteile Erlenfurt und Lichtenau noch im Wasser verschwinden. Der See soll für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sein, er soll umzäunt werden. Der Grund des Sees müßte asphaltiert werden, der Waldbestand an den Hängen müßte für den See abgeholzt werden. Der gastgebende Bürgermeister machte die Anwesenden auf Widersprüche aufmerksam, z.B. während man bei der Kalkulation der Bettenzahl für das geplante Kreiskrankenhaus Aschaffenburg von einer sinkenden Bevölkerungszahl ausgehe, setze man seitens der übergeordneten Behörden im Fall des Stausees einen Bevölkerungszuwachs und damit einen erhöhten Trinkwasserbedarf voraus. Schönauer, der Vorsitzende der Gemeinschaft, betonte, es sei sehr wichtig, auch Urlauber, die die Gemeinden wegen ihrer reizvollen Umgebung aufsuchen, für die Aktionsgemeinschaft zu gewinnen. Er gab auch den Termin für ein Fest der Aktionsgemeinschaft bekannt: Am 2. September wird in Rohtenbuch -Lichtenau das "Hafenlohrtal -Fest" veranstaltet, auf dem, wie Dr. Lechner ergänzte, der bayrische Landesvorsitzende im Bund Naturschutz, Hugo Weinzierl, über die geplante Talsperre sprechen wird.

Sebastian Schönauer erklärte, alle auswärtigen Sympathiebekenntnisse (zahlreiche Briefe aufgrund von Zeitungsartikeln sind der AG zugegangen) für den Kampf gegen das Rückhaltebecken zeigte, daß die Anwohner des Hafenlohrtals und die Menschen im Tal selbst in dieser Frage nicht isoliert seien. "Freunde haben wir genug, denn immer mehr Menschen sehen die Probleme des Umweltschutzes." – Auch Schönauer kritisierte, daß die Planungen ohne Information der Bürger eingesetzt hätten und teilweise sogar abgeschlossen worden seien. "Dies zeigt ein derartig bürgerfeindliches Verhalten der Behörden, wie es größer gar nicht sein kann. Weil der Grundwasserspiegel durch ständige Bohrungen im fränkischen Raum gesenkt wurde, soll jetzt eines der schönsten Spessarttäler zerstört werden."

Bundestagsabgeordneter Uwe Lambinus bemängelte ebenfalls die dürftige Information der Bürger über das Rückhaltebecken. So habe ihm der Landrat des Main-Spessart-Kreises, Amann, bestätigt, noch bis vor wenigen Monaten von den Plänen nichts gewußt zu haben. Amann hatte damals auf Anfrage von Kreis-

rat Heddiger (Hafenlohr) gesagt, es handele sich bei Behauptungen über den Bau eines Trinkwasserspeichers im besagten Gebiet um "Latrinengerüchte." Lambinus meinte, nach den bisher gesammelten Erfahrungen könne man zu den Informationen der Landesregierung kein Vertrauen mehr haben. Der Landtagsabgeordnete Oskar Rummel berichtete, Staatsminister Seidl habe ihm auf die Frage, ob dem Ministerium die seit Einsetzten der Planung stark veränderten Bevölkerungsprognose bekannt sei, schlicht mit "Ja!" geantwortet. Auf Rummels Frage nach den Konsequenzen hieraus für die Planung der Talsperre im Hafenlohrtal habe Seidl überhaupt nicht geantwortet. Schriftführer Eduard Bernhard bemängelte nicht nur die fehlende Information, sondern auch die Planung selbst. Im vorliegenden Fall fehlt nach seinen Worten beispielsweise die Einbeziehung korrigierter Wasserprognosen in die Planung. **Außerdem gebe es weder in Bayern noch in anderen Teilen der Bundesrepublik ein Programm für Wassereinsparung und Verbrauchsalternativen. So könne man etwa Trinkwasser und Brauchwasser trennen, da zum Beispiel die Benutzung von biologisch reinem Trinkwasser für die Industrie oder zum Autowaschen eine sinnlose Verschwendung sei. Wenn es gelinge, der Wasserverschwendung und Wasserverschmutzung Einhalt zu gebieten, brauche man keine Landschaften durch Talsperren zu zerstören.**

Kontaktadresse: Wolfgang Noack, Haselgrundstr. 64, 8771 Rothenbuch

Nachdem wir im ID diese Pressemitteilung bekommen hatten, verabredeten wir uns mit einigen Leuten aus der Aktionsgemeinschaft. Es wurde ein schöner Sonntagsausflug, viel Lauferei kreuz und quer durchs Tal und massenhaft Himbeeren.

Wir haben über vieles geredet während der Zeit, darüber, daß sie zum Arbeiten nach Aschaffenburg fahren, daß so ein Gebiet wie der Spessart dafür herhalten muß, Folgen der Industrialisierung und Verstädterung zu beseitigen (Grundwasserabsenkung in städtischen Gebieten - Talsperre hier), über die Tradition im Spessart, Eichen zu pflanzen an die Stelle, wo früher Glashütten gestanden hatten, über den CSU-Regierungsdirektor, durch den die geplante Talsperre erst öffentlich gemacht wurde und dem deshalb seine Versetzung nach Hof angedroht wurde, über den Unsinn, eine Talsperre zu bauen, die nur durch Anzapfen des Grundwassers überhaupt zu füllen ist. D[illegible] was unten als Gespräch abgedruckt ist, ist nur noch ein Te[illegible] von dem, worüber wir uns abends hinter dem Haus, müde gelaufen, noch unterhalten haben.

Noch etwas zur Talsperre: Die Sperre ist geplant als Teil des bayerischen Wasserverbundnetzes. Innerhalb dieses Verbundnetzes sollen Gegenden wie der Spessart Talsperren erhalten, um wasserarme Gebiete zu versorgen. Eine Studie des Batelle-Institutes geht bis zum Jahre 2000 von einer Steigerung des Wasserbedarfs für ländliche Gebiete um 50 % und für städtische um 134 % aus.
Die bisher einzige Begründung für den Bau der Sperre ist der prognostizierte Mehrbedarf auf Grund steigender Bevölkerungszahlen.
50 % des von der Sperre betroffenen Gebietes gehört einem Fürsten, der sie bereits als die ihm sympatischste Alternative bezeichnet hat (geplant waren noch eine Schnellstraße und eine Eisenbahnlinie).

F: Wann ist eigentlich dieses Vorhaben bekannt geworden?

A: Das erste Mal war die Rede davon bei der Frühjahrs-Vertreterversammlung des Spessartbundes. Da kam dann der Landtagsabgeordnete mit dieser Studie (die Studie ist vom Wasserwirtschaftsamt und stellt die Planung für den Wasserverbund in Bayern dar; darin ist die Talsperre im Hafenlohrtal bereits mit einer Länge von 15km eingezeichnet; die Studie ist von 1977) und sagte: "Leute, habt ihr schon was davon gehört, es ist eine Talsperre geplant im Hafenlohrtal. Ich habe diese Studie gesehen, die Talsperre ist schon eingezeichnet, es scheint schon ganz schön fortgeschritten zu sein." Dann hat der stellvertretende Vorsitzende des Spessartbundes, das ist ein CSU-Landtagsabgeordneter, der hat sich hingestellt und hat gesagt: Ja, das ist doch überhaupt nicht bewiesen, das ist doch nur eine Studie, das ist viel zu vage, da könnte man jetzt nichts sagen. Das war entweder im März oder im April. Ende April kam dann plötzlich die Einladung von dem Regierungsdirektor Dr. Lechner (CSU) an die Gemeinden, an den Spessartbund, Alpenverein usw. Der lud nach Lichtenau ein zu einer Versammlung zwecks Gründung einer sogenannten Öko-Gruppe zur Verhinderung dieser Talsperre. Da wollte man zunächst daß ganze im kleineren Kreis machen, so mehr im Hinterzimmer. Aber der ganze Versammlungsverlauf deutete schon darauf hin, daß man es doch breiter macht, daß man das in Form einer Bürgerinitiative macht.

F: Wie war der Verlauf?

B: Na, erst mal war der Andrang schon groß, und dann die



Da das Flüßchen Hafenlohr den See nicht füllen kann, ist es notwendig, das Tal zu asphaltieren und den See mit Grundwasser zu füllen.

ganze Argumentation der Anwesenden. Also, die haben schon gleich viel mehr Putz gemacht. Die Bürgermeister, über die das laufen sollte, hatten da schon weitergesagt: "Hört mal, da läuft was, da müssen wir hin", und entsprechend war der Andrang, die mußten die Türen aushängen . . .
Da wurde dann also die Aktionsgemeinschaft gegründet und der Schönauer wurde kommissarischer Vorsitzender. Der hat dann einige kleine eigene Aktionen gestartet, Anfragen usw., bis dann die konstituierende Versammlung war . . .

(Noch in der Gründungsphase der Aktionsgemeinschaft fanden bereits Probebohrungen statt)

F: Habt ihr eine Ahnung, wie das rechtlich aussieht, ob diese Bohrungen überhaupt zulässig waren? Immerhin steht das Gebiet unter Naturschutz.

B: Nein, da wissen wir bisher nichts. Aber selbst wenn es rechtliche Einschränkungen gäbe, würde die Planungsbehörde darauf wohl kaum Rücksicht nehmen. Die gehen drauflos, probieren es halt, und wenn es Naturschutzgebiet ist, wo nicht gebaut werden dürfte, dann darf es eben dann kein Naturschutzgebiet mehr sein.

A: Über die Bohrungen ist auf der Vorstandssitzung der Aktionsgemeinschaft schon gesprochen worden. Da hat sich rausgestellt: solche Bohrungen müssen bei den betroffenen Gemeinden beantragt werden. Sie sind auch beantragt worden, und die Gemeinden haben auch ihre Zustimmung gegeben. Allerdings wurde den Gemeinden nicht gesagt, daß sie für eine Talsperre sind, sondern allgemein zur Grundwasseruntersuchung. Die Vertreter dieser Gemeinden haben jetzt gesagt, daß sie nachprüfen werden, ob sie die Möglichkeit haben, denen den Zugang zu den Bohrstellen zu verweigern, praktisch also denen die Bohrungen zu verbieten. Wenn die Möglichkeit besteht, machen sie es sofort. Sie wollen sich auch darüber informieren, ob es zulässig war, den Zweck der Bohrung zu verschweigen. . .

A: Worauf wir allerdings auch Wert legen ist, daß wir nicht nur einfach sagen "keine Talsperre", - und das ist allerdings eindeutig, selbst wenn Bedarf vorliegen würde, wären wir dagegen, weil wir der Meinung sind, daß es andere Plätze gäbe, wo eine Talsperre nicht dermaßen landschaftszerstörend wäre, da gibt's z.B. ein total versandetes Tal, eine reine Kraterlandschaft, das ist durch eine Talsperre gefüllt worden - wir glauben allerdings, daß man durch Ausschöpfen anderer Möglichkeiten schon reichlich hinkommen würde. Wir sagen eben auch, daß erstmal für die Reinerhaltung des Grundwassers gesorgt werden muß, für die Reinerhaltung von Bächen und Flüssen, überhaupt von jeglichem Wasservorkommen, daß der Grundwasserspiegel erhalten werden muß, und daß es ja auch Möglichkeiten gibt, den Grundwasserspiegel zu erhöhen. Das wären halt Maßnahmen, die keine Landschaften und Werte zerstören würden, im Gegenteil, die für die Landschaft sogar förderlich sind. Das Grundwasser muß also geschützt werden sowohl vor Verschmutzung als auch vor Verschwendung. Verschwendung heißt hier Verbrauch für Industrie, Toilettenspülung, Autowaschen usw. Und Schutz durch scharfe Gesetze vor Verschmutzung. Weil, in unseren Flüssen sind ja auch Riesenwasservorräte. Das ist ja so, wenn heute aus den Flüssen Trinkwasser entnommen werden soll, dann ist das ja eine aufwendige Geschichte wegen der Kläranlagen. Dafür wird wieder viel Energie verbraucht. Dann werden wieder Kraftwerke gebraucht, das ist alles dieser Kreislauf.

F: Was ist von euch aus bisher gelaufen und was habt ihr vor. Weil, mir kommt es ein bißchen so vor, als würdet ihr schon von eurem Mißerfolg ausgehen.

B: Ja, das ist ein bißchen die Gefahr. Mitunter sagen die Leute auch "was sollen wir jetzt schon anstellen, die machen das sowieso". Es liegt also an uns, klarzumachen, daß wir Erfolgsaussichten haben.
Bisher ist also gelaufen, daß man sich erstmal zusammengesetzt hat. Die Information ist ja noch jung. Es läuft jetzt alles an, verschiedene Sachen, Plakataktion, Aufkleber. Vor allen Dingen ist es erstmal so, wir, die von Anfang an dabei sind, tragen die Information in die Vereine und Organisationen, in denen wir direkt sind, und klären die Leute schon auf. Es sind einige Dinge über die örtlichen Mitteilungsblätter gegangen, die Presse ist informiert und aufmerksam gemacht worden. Aber wir sollten schon ein bißchen militanter werden.

A: Darüber haben wir auch schon geredet. Wir wollen also bewußt die schönsten Stellen unten im Tal mit großen Plakaten verschandeln. Das soll eine ganz bewußte Provokation sein, da soll mal jemand kommen, vom Landratsamt oder von wo auch immer, und sagen, ihr müßt das wieder abreißen, ihr mach ja die Landschaft kaputt. Das ist das eine. Dann wollen wir, d.h. die Gemeinden, mit allen Mitteln die Bohrungen verhindern. Das wäre dann ein weiteres Argument. Denn wenn die Bohrungen nicht fertig sind, dann können die natürlich auch keine Sperre bauen. Dann soll nachgehakt werden, wieso der Fürst Löwenstein dazu gekommen ist, schon Baumbestände abzuholzen. Woher er die Genehmigung hat. Wenn sich herausstellt, daß das eine zwiespältige Angelegenheit ist, dann wird ihm böse vor's Schienbein getreten werden. Erstens ihm und zweitens auch demjenigen, der die Erlaubnis gegeben hat, ohne die Vorschriften zu beachten. Anders, und das steht jetzt schon so gut wie fest, kann das gar nicht gelaufen sein. . . .

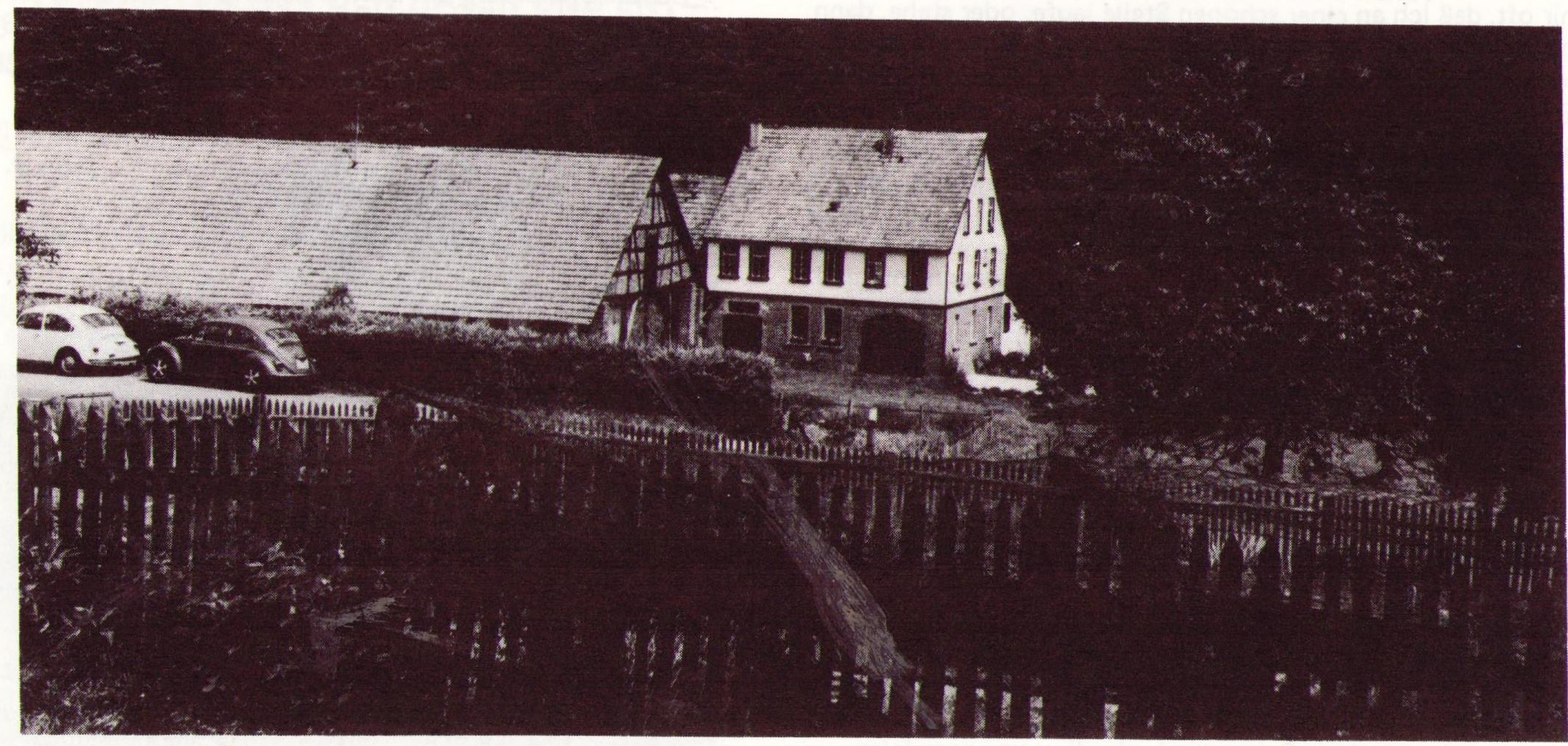
F: Seht ihr eine Möglichkeit, an eindeutigere Aussagen zur Planung heranzukommen. Gibt es so etwas wie einen Rechtsanspruch auf Informationen?

A: Ja, den gibt es auch. Den gibt es allerdings erst im Raumordnungsverfahren. Und wenn das eingeleitet wird, dann kann man davon ausgehen, daß die Talsperre schon steht. D.h. das ist nur ein Formalismus.
Bei allen Bauvorhaben dieser Art müssen vorher alle möglichen betroffenen Stellen gefragt werden. Ämter und Naturschutzvereine usw. Da kann man jetzt schon absehen, daß das keine Schwierigkeiten geben wird, bei den Naturschützern schon aber sonst nicht. Ich weiß auch gar nicht, inwieweit das n[illegible] ein Anhörungsrecht ist.
Wir haben auch schon überlegt, ob nicht eine Privatperson sich eine kleine Enklave in dem Gebiet, das für die kleine Sperre in Frage kommt, kauft. Bisher gehört das ganze Gebiet dem Fürsten, es gibt also für die Behörden nur einen Verhandlungspartner. Durch den Kauf hätten wir dann die Möglichkeit zur Klage. Das ist hier natürlich sehr schwierig. Das Stück müßte vom Fürst verkauft werden, und das wird er natürlich nicht machen.

(Zum Fürsten gibt es noch ein Gerücht: er soll einige Schulden haben - manche behaupten, es sei eine Steuerschuld. Er fängt jetzt an, das Holz zu schlagen und zu verkaufen. Beim Bau der Sperre erhielte er dann von Staats wegen den Wert des Landes ersetzt, den es mitsamt Holz hätte - so es sich um eine Steuerschuld handelt, eine einfache Verrechnung.)

F: Gehen die Initiativen gegen die Sperre jetzt überwiegend von der Aktionsgemeinschaft aus oder von den Gemeindeverwaltungen?

A: Die Aktionsgemeinschaft macht schon die wesentlichen Aktivitäten. Allerdings, sehr stark engagiert in der Aktionsgemeinschaft sind die Gemeinden.



Dieses Gebäude, Teil einer ehemaligen Glashütte, soll im Wasser verschwinden.

B: Dazu muß man noch bemerken, daß die Mund-zuMund-Propaganda bei uns sehr wirkungsvoll ist, durch die ländliche Struktur. Du bringst also eher was unter das Volk, wenn du das mündlich machst am Biertisch, als wenn du z.B. eine Info-Schrift rausbringst.

A: Dazu gehört halt auch noch, daß du hier auf den Dörfern die Leute kennst, du sprichst also immer jemanden an, den du kennst.

B: Es passiert also nie, daß, wenn ich in die Gaststätte gehe, daß darüber nicht gesprochen wird.

A: Das haben wir also erreicht, das ist im Dorf das Hauptthema. Ob da ein Camping-Platz in die Luft fliegt oder so, da spielt sich nichts mehr ab, das hier ist das Gesprächsthema.

A: Unter der Bevölkerung hier, auf jeden Fall hier im Ort, gibt es echt niemanden, der engagiert für die Talsperre auf die Barrikaden geht und sagt "wir brauchen die Talsperre".

D: Die Schwierigkeit liegt darin, daß die meisten sich zwar drüber aufregen, aber sagen "da läßt sich nichts gegen machen".

A: Am 2. September gibt es hier in Lichtenau ein Fest. Da kommen wohl ein paar Landtagsabgeordnete, auch der Gambinus, der Bundestagsabgeordnete, wohl auch der Jockel Fuchs.

B: Wir können davon ausgehen, daß hier im Ort die Leute, die uns (SPD) gewählt haben (71 %) voll hinter uns stehen, weil die engagiertesten Leute in der Aktionsgemeinschaft auch die sind, die von der Bevölkerung gewählt sind. Deshalb meine ich, daß die uns unterstützen werden, wenn sie auch nicht direkt in Erscheinung treten. . . .
Wir haben da schon Info-Stände gemacht, allerdings von der Partei aus, das waren schon keine Info-Stände mehr, das waren Feste. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir am Samstag wieder so einen Stand machen, da brauchen wir gar kein Freibier, daß da den ganzen Tag über mindestens 50 - 60 Leute dabei sind.

A: Das ist so üblich hier. Allerdings nicht bei der CSU.

F: Wie funktioniert die Zusammenarbeit in der Aktionsgemeinschaft. Da sind ja auch Angehörige verschiedener Parteien dabei.

A, B: Zu den Gemeindeverwaltungen ist das so: die Bürgermeister sind als Beisitzer in der Aktionsgemeinschaft. Das sind vier. Rothenfels, Weibersbronn, Hafenlohr und Rotenbuch. Auf der letzten Sitzung ist beschlossen worden, daß von dem Ortsteil Windheim, der jetzt zu Hafenlohr gehört, noch zusätzlich jemand in den Vorstand gewählt wird, weil Windheim bis vor kurzem noch selbständig war und außerdem direkt an der geplanten Staumauer liegt. Die Gemeindeverwaltungen arbeiten also voll aktiv mit in der Aktionsgemeinschaft, die sind voll dabei. Die stellen auch ihre Verwaltung zur Verfügung.

F: Das Problem, das in vielen anderen Bürgerinitiativen auftaucht, einmal die Auseinandersetzungen unter verschiedenen parteipolitischen Richtungen und dann auch so was wie den inner-bürgerinitiativlichen Radikalenerlaß, so was taucht hier nicht auf?

A: Der Antrag der Jusos ist auf der letzten Sitzung eingebracht worden.

(Der Antrag bedeutet, daß die Aktionsgemeinschaft offen ist für die Mitarbeit aller)

A: Da gab es keine Gegenstimme, im Gegenteil, da war der sozialdemokratische Bürgermeister von Weibersbronn, von dem man weiß, daß er rechtslastig ist, der hat dazu die einzige Wortmeldung abgegeben und hat gesagt, "wir müssen jeden aufnehmen, der unsere Sache unterstützt". Da tut sich also momentan nichts, und so wie es aussieht, wird sich da auch nichts tun. Weil, in dem Punkt sind sich die Leute echt einig.

B:Die Aktionsgemeinschaft hat erklärt, "wir wollen hier nicht eine Partei angreifen, sondern wir greifen die Behörden an".

F: Was bedeutet euch eigentlich die Landschaft?

A: In erster Linie bedeutet sie für mich eine Wohnqualität. Das heißt, für die Leute, die hier wohnen, ist die Landschaft eine wichtige Geschichte, die dazugehört. . .

B: Mir persönlich geht es immer so, wenn ich vielleicht von meiner Person sprechen kann, ich bin also direkt abhängig von dieser Landschaft, ich könnte es mir nicht vorstellen, daß ich

vielleicht mal weg müßte, oder ich sollte wegziehen. Es passiert mir oft, daß ich an einer schönen Stelle laufe, oder stehe, dann möchte ichs direkt umfassen, ja, und kanns nicht, man kanns doch nicht greifen, man möchte sich reinlegen, sich rumwälzen, so. Das bedeutet es mir, ich werde wahnsinnig bei dem Gedanken, daß das, z.B. dieses Einsiedel, auf das wir heute nachmittag runtergeschaut haben, daß das unter Wasser gesetzt werden soll.

C: Das ist unsere Heimat, die kaputt gemacht werden soll, und die machen Leute kaputt, die überhaupt nicht wissen, was das ist für uns . . .

B: . . . weil, die kaufen sich irgendwo ein Grundstück am Starnberger See oder so, mit ihrem vielen Geld und setzen sich da hin, dann haben sie ihre heile Welt. . .

C: . . . und das dürfen sie dann auch noch einzäunen. . .

A: Ich wohne jetzt über zwei Jahre hier. Als meine Eltern hierhergezogen sind, da war ich im Zivildienst und bin nur die Wochenenden hergekommen. Ich hatte ursprünglich gar nicht vor hierherzuziehen. Ich hatte halt da in der Gegend, wo ich war, schon meinen Bekanntenkreis, die ganzen sozialen Bindungen eben. Erst durch die Wochenenden, an denen ich hier war, hat sich erstens Kontakt zu den Leuten ergeben und zweitens natürlich auch die Landschaft, die hat mich dermaßen dazu getrieben, daß ich auch hier seßhaft geworden bin und mich auch schwertun würde, von hier wegzugehen. Es fällt mir schon schwer, mir vorzustellen, daß ich mal wieder weg muß zum Studieren, obwohl ich normalerweise unter Fernweh leide.

B: Ich könnte mir auch vorstellen, daß ich, wenn es also keinen Ausweg mehr gäbe, daß ich so unsachlich würde, . . . ich bin einfach dagegen. Ich bin dagegen.

A: Ja, und ich kann mir auch vorstellen, daß wir uns entsprechend die Mittel überlegen. Und das geht hier wohl allen so.

BÜRGER WEHREN SICH GEGEN EINGEMEINDUNG

ERMERSHAUSEN 5. August — Bei der Gebietsreform in Bayern wurde die Gemeinde Ermershausen nahe der DDR-Grenze dem benachbarten Maroldsweisach zugeschlagen und büßte so ihre Selbständigkeit ein. Da sich aber die Einwohner von Ermershausen schon seit 1975 der drohenden Eingemeindung widersetzten, entschlossen sie sich im Mai dieses Jahres zum aktiven Widerstand und weigerten sich, die Akten und die Einrichtung ihres Rathauses an die neue Verwaltung in Maroldsweisach herauszugeben.

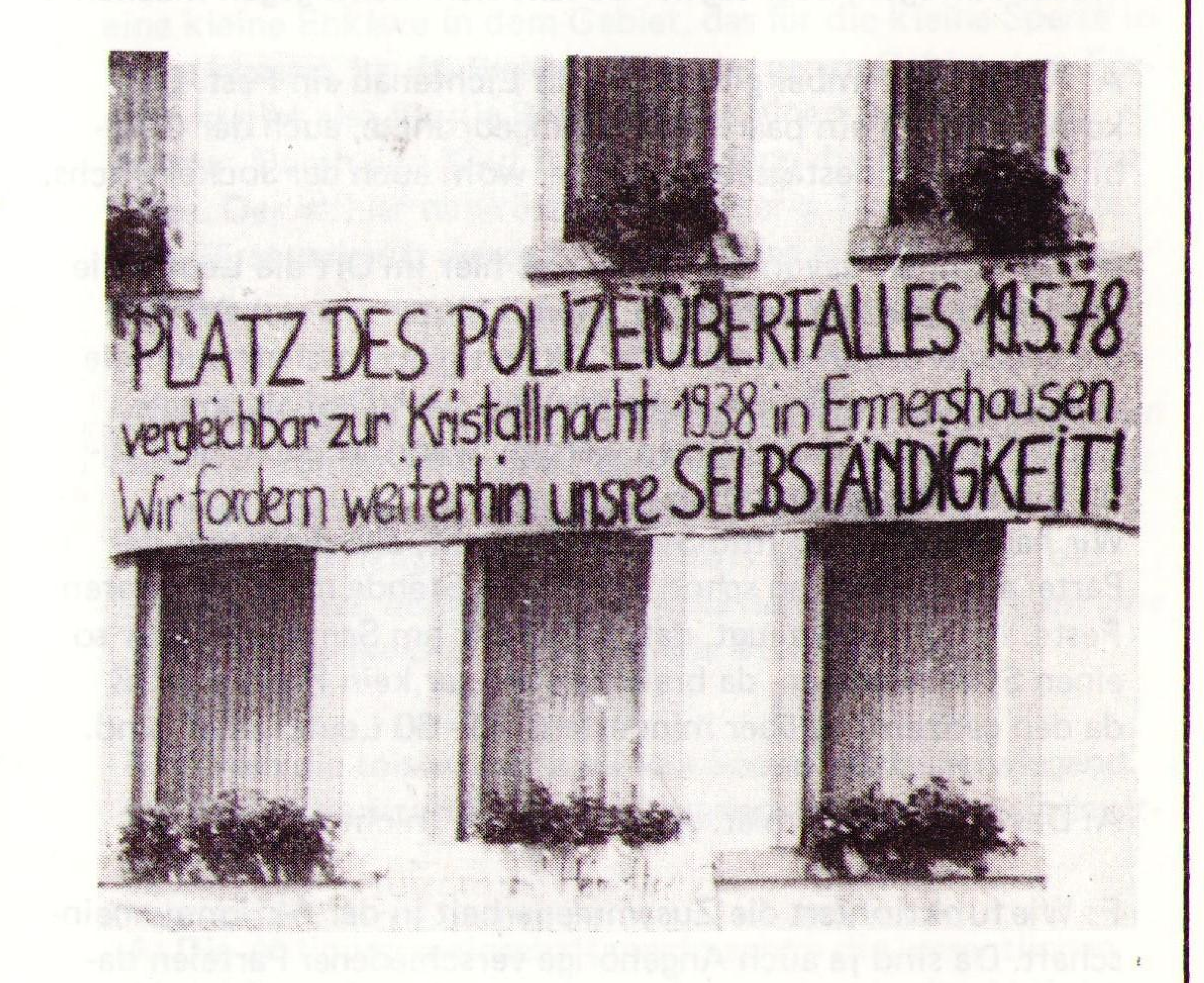
Am 19.5. im Morgengrauen war es dann soweit, eines der berüchtigten Bürgerkriegsmanöver der deutschen Polizei fand statt. Nach Zeugenaussagen von Dorfbewohnern überfielen etwa 400 Polizisten das schlafende Dorf, besetzten sofort Kirchturm und Sirene und hinderten dadurch die von der Bevölkerung aufgestellten Wachen daran, das Dorf zu alarmieren. Der ganze Ort wurde hermetisch abgeriegelt, der Verkehr wurde großräumig umgeleitet, herbeiströmende Einwohner und auch Journalisten wurden von der Polizei daran gehindert, an den eigentlichen Ort des Geschehens, das Rathaus zu gelangen. Es wurde brutal vom Knüppel Gebrauch gemacht auf Seiten der Polizei, Kriminalbeamten fotografierten, ein Zeuge berichtet, "mit Gestapo-Methoden sei die Polizei soweit gegangen Kinder auszufragen".

Das alles natürlich, um Blutvergießen zu verhindern. So behauptete das bayerische Innenministerium. Ermershauser Bürger sahen sich als Gewaltverbrecher verleumdet.



Aber auch der schon obszön zu nennende Polizeieinsatz gegen das schlafende Dorf konnte den Widerstand der Bevölkerung nicht brechen, wohl aber ihren Glauben an den Rechtsstaat erschüttern. An fast jedem Haus im Dorf sind selbstgemachte Transparente angebracht, die den vielen durchreisenden Urlaubern die Geschehnisse aus der Sicht der Ermershauser schildern und immer wieder die Forderung nach Selbständigkeit erheben.

Man will im Dorf weiterkämpfen, steht noch geschlossen hinter den Forderungen. Aber in Gesprächen und Parolen machen sich auch Verbitterung und Angst bemerkbar. Ein Transparent am Rathaus erinnert an die Reichskristallnacht des Jahres 1938, als Nazis aus Maroldsweisach die in Ermershausen ansässigen Juden überfielen, am Ortseingang verkündet eine Parole das "Ende des Freistaates Bayern", eine Informationstafel bezeichnet den Ort als "Grabstätte der Demokratie und Freiheit, Wiege eines neuen Polizeistaates".



"WIR STÜRMTEN AUF DEN RASEN UND ENT–ROLLTEN EIN TRANSPARENT: FUSSBALL JA – FOLTER NEIN

DUISBURG 10. August "Am 29. März 1978 (siehe ID 224, S. 26) entrollten wir in der 80. Minute des Europacupspiels zwischen dem VFL Borussia Mönchengladbach und dem 1.FC Liverpool ein Transparent mit der Aufschrift, Argentina ' 78 - Fussball JA Folter NEIN. Daraufhin reagiert jetzt der VFL Borussia Mönchengladbach am 10. Juli mit einer Zivilklage beim Amtsgericht Düsseldorf. Der europäische Fußballverband UEFA hatte dem Verein B. Mönchengladbach mit einer Geldstrafe von 2.000,-- Schweizer Franken (umgerechnet DM 2.300,--) belegt. Diese Strafe will der Verein durch Gerichtsbeschluß auf uns abwälzen.

Tatsache ist: Das Europacupspiel wurde durch unsere Demonstration weder unterbrochen noch gestört.

Es ist bei Bundesliga- und Europacupspielen oft zu beobachten, daß Vereinsanhänger mit Fahnen auf das Spielfeld laufen. Diese Fußballfans werden in der Regel nicht bestraft. Man muß daher annehmen, daß die relativ hohe Geldstrafe unserer politischen Spielfelddemonstration die Einschränkung demokratischer Rechte zum Ziel haben soll. Wir werden so etwas nicht stillschweigend hinnehmen. Es wird im September zu einem Prozeß kommen und wir werden weiter darüber berichten".

Kontakt: Rainer Kursch, Schützenstr. 14, 4100 Duisburg

VOR EINEM JAHR STARB VITAL MICHALON IN MALVILLE

KÖLN 8. AUGUST *Nach Vital Michalon, der bei der Demonstration gegen den schnellen Brüter in Malville durch eine Granate der französischen Polizei getötet wurde, ist von Unbekannten das Französische Institut in Köln benannt worden. Hier ihre Presseerklärung:*

Am 4. August morgens hatte sich die Fassade des französischen Kulturinstituts am Sachsenring in Köln verändert. Unter der Neon-Leuchtschrift „Institut Français" steht nun geschrieben: Vital Michalon. Wir, die Gegner der internationalen Atom-Mafia und aller Atomprogramme, finden es notwendig, daß dieses Institut nach unserem unvergessenen Freund Vital, der das Blutopfer berüchtigter Mord- und Schlägerbanditen in Uniform (CRS) wurde, benannt wird. Wir meinen, es sei an der Zeit, daß sich die Direktion des Instituts Vital Michalon auf die Seite der Vernunft und des Rechts gegen die französische Regierung und ihre Auftraggeber in den Konzernsesseln der Kern- Elektroindustrie stellt. Es ist an der Zeit, daß amtliche Vertreter in Sachen Kultur in beiden Nachbarstaaten abdanken und Vertretern einer wirklichen Kultur des Volkes Platz machen. Wie für jene die Kultur eine gängige Marktware und abstrakt und leblos ist, so ist für das Volk. insbesondere für die erklärten Feinde der internationalen Atom-mafia all das schön, was lebendiger Ausdruck unseres Kampfes gegen den modernen Gewaltstaat ist.

Das drücken die Losungen aus, die an der Fassade geschrieben stehen: – Ermordet am 31. 7. 1977 – Brokdorf, Grohnde Malville – ein Toter ist zuviel – a bas l'etat nucleaire – Ehre dem Andenken an Vital Michalon – Weg mit allen Atomprogrammen –"

HAUSDURCHSUCHUNGSABONNEMENT

OBERURSEL 4. August Trotz ständiger Dementis und Entsetzen über gelegentliche Übergriffe der Staatsschutzbeamten des BKA, geht die Verfolgung und Bespitzelung von Intellektuellen und Schriftstellern weiter. Ein Abonnement auf regelmäßige Besuche von Beamten des BKA bzw. der Kriminalpolizei hat auch der Frankfurter Lyriker Michael Kirmes.

Nachdem seine Wohnung bereits in Zusammenhang mit der Bubackermordung am 7. April 1977 von mehreren Beamten der Abteilung TE des BKA mit Unterstützung Frankfurter Kriminalbeamter durchsucht worden war und er selbst erkennungsdienstlich behandelt wurde, stellte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe dieses Ermittlungsverfahren am 16. Dezember 1977 ein.

Am 3. August nun erhielt er wieder einen Besuch von 2 Beamten der Kriminalpolizei Frankfurt, die nach eigener Aussage der Abteilung Staatsschutz angehören. Sie wiesen einen Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts Bad Homburgs vor in der Ermittlungssache gegen Herrn Michael Kirmes-Seitz wegen Verdachts der Bedrohung. Der Durchsuchungsbefehl wurde von den beiden Beamten so begründet, daß auf der seinerzeit von BKA-Beamten anläßlich der Hausdurchsuchung getesteten Schreibmaschine, die Michael Kirmes kurzfristig von einem Schreibbüro ausgeliehen hatte, zu einem späteren - also nach der Durchsuchung liegenden Zeitpunkt - Drohbriefe angefertigt worden seien. Weitere Auskünfte wurden nicht erteilt.

Nachdem Michael Kirmes vor die Wahl gestellt worden war, entweder die Durchsuchung zu akzeptieren (Zitat: "Wir könnten ja die ganze Wohnung auf den Kopf stellen") oder aber dem Test der im Haushalt des Schriftstellers befindlichen Schreibmaschinen zuzustimmen, wurden erneut ausführliche Schriftproben angefertigt. Den Wert dieses Hausdurchsuchungsbefehls schätzten die Beamten nicht allzu hoch ein, da sie ihn seiner 1 1/2 jährigen Tochter als Malpapier anboten.

– WIDERRUF –

Nach Auskunft des Schreibbüros, in dessen Besitz sich die Schreibmaschine - also das Tatwerkzeug - befand, komme ich als Täter keinesfalls in Frage, da diese zu dem fraglichen Zeitpunkt anderweitig verliehen war. Die Kriminalbeamten sollen nach einem Besuch, die entsprechenden Ermittlungen aufgenommen haben. Eine offizielle Mitteilung seitens der Polizeibehörden steht aber zunächst noch aus.

Ich freue mich trotzdem sehr, die Pressenotiz vom 4.8.78 widerrufen zu dürfen.

Michael Kirmes-Seitz

FAHNDUNG BLIEB OHNE ERFOLG

BAD OEYNHAUSEN 3. AUGUST *Von der Wohngemeinschaft „Schwarzwurzel":*

„Völlig verdutzt war gestern ein Justizvollzugsbeamter der JVA Herford: Eben hatte er in seinem Büro einem jugendlichen Insassen die Arbeit an einem Werkstück erläutert und kehrte nun in die Schlosserwerkstatt zurück, da mußte er feststellen: Die Zahl der dort tätigen Häftlinge hatte sich inzwischen um die Hälfte reduziert.

Mit einer Schleifhexe hatten vier Schlosserlehrlinge die Gitter durchtrennt und waren dann mit einer selbstgefertigten Leiter über die Außenmauer geklettert und verschwunden. Die rasch verständigte örtliche Polizei führte eine Fahndung durch und setze auch einen Polizeihubschrauber ein, jedoch ohne Erfolg."

Soweit die örtliche Presse. Wir erfuhren direkt von einem freundlichen P olizeibeamten diese Nachricht, ließen uns von einem ehemaligen Bewohner dieser Appartments die Örtlichkeiten schildern und müssen nun sagen: Wir nehmen diesen Ausbruch mit Erstaunen und Bewunderung zur Kenntnis.

WG Schwarzwurzel, Wolfgang und Gustav

KÖLNER WOHNGEMEINSCHAFTS–HAUS KRIEGT WAS ES WILL

KÖLN
7. August *Von einem Hausbewohner:*

In Köln gibt's seit Anfang April ein Haus mit 25 Wohngemeinschaften; ein von einer Wohnungsbaugesellschaft für die Zielgruppe "Studentische Wohngemeinschaften" renovierter Altbau. Die meisten Zimmer liegen zum Ubierring (sehr laut) und zum Agrippinaufer (das ist die lauteste Straße Kölns). Aus Kostengründen wurde trotz umfangreicher Renovierung auf Lärmschutz verzichtet. Da aber der Krach auf Dauer nicht zu überleben ist, verlangte die Hausgemeinschaft Lärmschutzfenster - unter Androhung von Mietboykott und ähnlichen Maßnahmen. Außerdem wandten wir uns gegen Pläne, im Keller ein Bistro und einen Jazzkeller zu bekommen. Bisher voller Erfolg: Wir bekommen unsere Fenster (ohne Mietaufschlag) und die Keller und Gartengestaltung bleibt uns auch völlig überlassen.!

Hausgemeinschaft Trajanhaus, Agrippinaufer 2, 5 Köln 1

EIN BRIEF DES IM GROHNDE–PROZESS VERURTEILTEN JERRY AUS ITALIENISCHER HAFT

FRANKFURT
9. August *Der im Grohnde-Prozeß zu über einem Jahr Haft verurteilte Gerd Schulz (Jerry) war noch vor der Urteilsverkündung geflohen und wurde am 5. Juli in Terracina/Italien zusammen mit einer Freundin verhaftet und wegen Besitz eines feststehenden Messers und wegen Autodiebstahls angeklagt. Die BRD hat Auslieferungsantrag gestellt, vermutlich wegen Verdachts auf 'Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung'. Ein Prozeß wegen des Messers hat schon stattgefunden, und zwar nach politischer Prozeßmanier, nämlich unter starker Polizeibewachung. Ergebnis: 8 Tage Haft, die schon verbüßt sind. Der zweite Prozeß wegen Autodiebstahls wird am 25.8.78 in Parma stattfinden und unmittelbar danach wird Jerry in Auslieferungshaft nach Rom gebracht werden. Der Auslieferungsantrag der BRD ist der erste gegen einen im Ausland verhafteten AKW-Gegner. Den folgenden Brief schickte Jerry an Freunde in Deutschland, den wir auszugsweise veröffentlichen:*

"Wir, Francisca und ich, haben sofort Kontakt zu dem Anwalt aufgenommen und inzwischen hat auch ein Gespräch mit ihm stattgefunden - allerdings bin auch ich nicht sehr von seinen Qualitäten überzeugt, aber ich glaube, für das Tribunal in Parma - es geht dabei um diesen angeblichen Autodiebstahl - können wir ihn so gerade noch akzeptieren. Der Fall ist folgender: das Auto, um das es geht, wurde am 26.6.78 hier in Parma offensichtlich geklaut - Francisca und ich sind aber erst am 4.7.78 spät Abends damit von San Felice nach Terracina (Distanz etwa 10 km) gefahren. Wir hatten die Karre von Freunden ausgeliehen, die wir am 4. Morgens - nach unserer Ankunft (Flugzeug) in Rom getroffen haben.

Als die Bullen uns angehalten haben, war mein Führerschein nicht da, ich hatte die Brieftasche im Zelt in San Felice gelassen. Deswegen ist eine Totalkontrolle über uns ergangen und uns wurde gesagt, die Karre sei geklaut und wir müßten in den Knast! - Da waren wir plötzlich in einer üblen Situation - die Bullen haben sich wie Schweine benommen, alles, aber auch alles an Klamotten (ein Teil unserer Sachen war noch im Auto) durchgefilzt (könnt Ihr Euch nicht vorstellen!!) und unsere gesamten Sachen BESCHLAGNAHMT. Vor allem interessierten sie sich für unsere Notiz- und Adressbücher, die wir in Code geschrieben hatten und natürlich für zwei Mappen, worin wir eine Artikelsammlung über faschistische Aktivitäten in der BRD, die Verhaftungswelle bezüglich der angeblichen RAF-Leute und der allgemeinen, sich rapide erhitzenden, politischen Situation auf unserem Planeten!
Da war so ein Schwein, das sofort irgendwas von "molto importante" und Terroristen daherfaselte - Info: Im Auto wurden diverse Ablichtungen mit irgendwelchen Infos gefunden, die sich angeblich auf eine Befreiungsaktion aus irgendeinem Knast beziehen sollen! Davon wurden dann wiederum Kopien angefertigt, (auch von den Notizbüchern und von einigen Passbildern von anderen Freunden), die nach BKA in BRD übermittelt - und prompt schickten die BRD-Faschos zwei Haftbefehle wegen "Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung - RAF - " (so jedenfalls der Anwalt in Terracina) und aus Bonn erging ein Auslieferungsantrag an Rom!!

Wir wurden in LATINA in den Knast gesperrt - völlig isoliert! Schreibverbot, Sprechverbot etc - aber es gelang mir doch einen Brief an Karl-Heinz in Hannover durchzukriegen. Der Knast in Latina ist das allerletzte Rattenloch, dreckig und mit absolut perversem und dazu noch äußerst dummen Wachpersonal ausgestattet - kurzum eine Kloake! Dann der fadenscheinige Prozeß wegen dem blöden Messer in Terracina, den ihr ja miterlebt habt.
Gleich am nächsten Morgen, etwa halb elf, haben mich vier Bullen (Karabinieri) nach Parma gebracht. 5 Std. in einem Auto zusammen mit Schweinen - non stop - nichts zu essen, nichts zu trinken, nicht pinkeln gehen können, an den Handgelenken wahre SCHRAUBZWINGEN und knallende Hitze dazu. Das war ein wahrer Martercoctail! Als ich in Parma ankam, war ich ganz schön fertig - körperlich und psychisch, an den Handgelenken braune, rostige Druckstellen von dem links skizzierten Scheißding (Handschellen). Wie sie Francesca hierhergebracht haben, weiß ich nicht aber wahrscheinlich ganz genauso.
Hier sind wir ebenfalls voneinander getrennt, aber nicht mehr in Isolation. Dafür ist es hier fast genauso dreckig - Francisca und ich haben Möglichkeit, ungehindert Briefe auszutauschen. Das erstaunt mich - aber wir hatten auch eine andere Möglichkeit zur Verfügung, uns so zu verständigen. Jedenfalls weiß ich, daß die Situation für Francisca so halbwegs erträglich ist, aber sie schreibt selbst: "- akuter Notstand in der Zelle - sie ist seit gestern überbelegt - sieben Frauen, sechs ohne Geld, drei können nicht richtig mitkommunizieren - vier rauchen, drei haben einen Mann bei euch drüben - fünf haben kleine Kinder draussen - zwei sind wohl schwanger - reiner Wahnsinn hier"! - Das ist ein ganz winziger Auszug aus einem langen Brief von Francisca über ihre Situation, aber sehr eindrucksvoll! Ansonsten ist halt eben auch alles Scheiße. Francisca war ein paar Tage krank, hatte sowas wie eine Kolik — wohl von dem absoluten Saufraß und dreckigen Wasser in dem Bunker gehabt!!!) — und die Schweine hätten sie glatt sterben lassen, wenn es schlimmer gewesen wäre, niente! Nach drei Tagen haben sie ihr zwar eine dämliche Morphiumspritze verpaßt — aber das war auch alles — und das auch noch stümperhaft!!!

Bei mir sieht es ähnlich aus: 6-Mannzelle mit z. T. überaus primitiven und stupiden Typen aller Nationalitäten, der Fraß ist teilweise ungenießbar — nur das Brot ist jeden Tag frisch. Zwar kann man drei mal in der Woche duschen, den halben Tag sind die Türen geöffnet und Kommunikation mit halbwegs vernünftigen Leuten ist möglich — habe sogar zwei oder drei MENSCHEN hier treffen können, aber es ist zum Kotzen dreckig hier und — keine Kohle, um ein paar vernünftige Sachen zum Essen zu kaufen. Die Bullen haben auch unser gesamtes Geld einkassiert (ca. 3000 DM!) und bis heute haben wir trotz Protesten nichts davon gesehen. Es wäre deshalb ganz dufte, wenn ihr uns ein paar hundert Mark schicken könntet — wenn, dann aber separat und per Telegramm . . . nach dem Hickhack hier in Parma werden wir wegen der Auslieferung nach Rom gebracht — dort wird ein Prozeß deswegen stattfinden . . .

Francisca und ich werden in Rom ganz klare politische Erklärungen abgeben und alles versuchen, eine Auslieferung zu verhindern. Soweit sind wir uns schon klar und einig (selbstverständlich!). Ich weiß nicht welche Möglichkeiten zur Zeit in der BRD bestehen, öffentlich zu agieren — aber ihr solltet auf jeden Fall soweit wie möglich in dieser Richtung was unternehmen. Ich lege euch einen Zeitungsartikel bei — er spricht für sich! Auch im Radio war vorgestern eine Sendung über „. . . die zwei jungen deutschen Terroristen, die zu einer international arbeitenden Gruppe vorwiegend junger Gewalttäter gehören (—sollen), werden eventuell in die BRD abgeschoben werden — aber diese Entscheidung muß erst noch in Rom getroffen werden — bla bla . . . " — Wir müssen also damit rechnen, daß wir bald sehr schwer zu kämpfen haben werden. Allerdings müssen sie Francisca im Fall dessen, daß wir in die BRD ausgeliefert werden, sofort freilassen, und weil sie NICHTS gegen sie (wie auch gegen mich) in der Hand haben. Die einzige Scheißsache ist bei mir die Verurteilung im Grohndeprozeß — weswegen ich ja auch gerade rechtzeitig die BRD verlassen konnte. — denn ich sehe nicht ein, daß ich dafür, daß ich meine Rechte auf Widerstand und Freiheit gegen die Inszenierung von Wahnsinn der Marke 1984, wahrgenommen und gegen die Atom-Mafia, Bullenterror und Faschistentum in der BRD (und anderswo) völlig legal gekämpft — und sogar auch mein Leben und meine Gesundheit eingesetzt habe, in den Knast wandern soll — ja sogar schon gewesen bin!

Für uns — und für alle anderen, die in ähnlich mieser Lage sind, ist es unheimlich wichtig, eine breite Öffentlichkeit, eine gutinformierte Öffentlichkeit, zu haben. Und wenn eure Connections nach Rom tragfähig genug sind, dannauch in Italien solche Action!

Francisca und ich waren lange Zeit in Bologna — haben viele liebe Menschen getroffen und über Radio Alice die Leute zum Widerstand gegen AKW's etc. mobilisieren können. Das hat weitere Kreise gezogen und heute existiert im Raum Bologna eine starke und geschickt organisierte BI gegen AKW's etc. — aber sehr schlapp. Die fangen hier jetzt erst richtig an, aufzuwachen.

Das wär's fürs erste — weitere Infos folgen in den nächsten Tagen Tagen bzw. sobald sich etwas tut — verändert — oder so.

Viele, viele Grüße auch an alle anderen Freunde — auch von Francisca.

Bis bald irgendwann — Jerry — Es lebe die Freiheit

PS.: bin Indianer, Francisca auch, und wir lassen uns nicht von der Situation unterkriegen!!!

Hier die Adresse von Jerry und Francisca, die sich sicher über Post freuen: **Gerd Schulz / Francisca Busacker, Piazzale San Franzesco 4, Garzere Parma, Italia; Kontaktadresse: Rechtsanwalt Manfred Böddeling, Friedensallee 50, 2000 Hamburg 50. Tel.: 040 / 390 92 21**

ID - BIBLIOGRAPHIE - ID - BIBLIOGRAPHIE - ID

Internationalismus Verlag, Königsworther Str. 19, 3 Hannover 1

* Beerdigung. Lothar Beck, Max Dans; 12.00. Es ist ein Bildband von der Beerdigung am 27. 10. 1977. Einprägsame Dokumente des deutschesten aller Herbste.

az-verlag, Alexanderstr. 49. 6 Frankfurt / M

* Freiheit auch für Sackgassen. Gedichte; hrsg. von Joachim Astemer. 11.00. Lyriktexte, die der Alternativzeitschrift 'die Andere Zeitung' im Laufe von anderthalb Jahren zugesandt worden sind.Bekannte und unbekannte Namen in einem weitgefächerten Querschnitt von subjektiver, engagierter Lyrik.

édition trèves, postfach 1401 55 trier 1

* Handbuch der alternativen deutschsprachigen Literatur 1978/79; hrsg. von Peter Engel u. Christoph Schubert; 12.80. Ein informativer Rundblick über die Szenerie alternativer Literaturarbeiter und -Betriebe. Adressen, Statements, Alphabete.

Karin Kramer Verlag, Postfach 106, 1 Berlin 44

*Verlagsalmanach 1978-80. 4.00. Nicht nur eine ausführliche Beschreibung sämtlicher Kramer Bücher, nein, auch viele Originalbeiträge z.B. von H.M. Enzensberger, W. Koeppen u.v.a.m. zu Themen des Anarchismus und verwandter Gebiete. Nebst dem gegenwärtig geltenden Grund gesetz aus der Sicht der Bockenheimer Realsurrealisten.

Neu im: Maulwurf Vertrieb, Waldemarstr. 24, 1 Berlin 36

*Medienoperative Berlin: Video in der Gesamtschule. 6.50. Auswertung einer von der Medienoperative durchgeführten Tagung.

* Medienoperative Berlin: Video-Verleihkatalog Westberlin. Stand Juni 1978. Beschreibung von über 100 verleihbaren Videofilmen.3.00

* Operatives Video. Hartmut Horst/Wolfgang Lohding. Darstellung und Einschätzung von Videoprojekten mit Jugendlichen, Entwicklungstendenzen operativer Medienarbeit in der BRD. 6.00.

* Bob Dylan. Drei Interviews, 1977/78. 4.00.

* Dokumentation des PH-Astas: Die Staatsanwaltschaft presents. Zur laufenden Buback-Nachruf Serie hier die Darstellung des Falles an der Berliner Pädagogischen Hochschule.

* Außerdem gibt es den neuen MAULWURF Vertriebskatalog mit allen lieferbaren Titeln für 50 Pfennig.

Verlag Jugend und Politik, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt / M 90

* "Und weil das Kind ein Mensch ist" ein Liederbuch für Kinder; zum Singen, Lesen, Anschauen und Darüberreden. 61 Lieder mit Noten und Bildern für 8.00 incl. Gitarrenbegleitung.

* Nirgends, nie, woll'n wir sie, die Atommüll Deponie. 18. Materialien zur Therie und Praxis demokratischer Jugendarbeit. 7.00. Bericht vom internationalen Sommercamp am geplanten Bauplatz der WAA; Gefahren der WAA; Interview mit Robert Jungk.

agrarlit. Heusteigstr. 49, Stuttgart 1

* Portugal. Der Kampf um die Agrarreform. 7.00. Herausgegeben von der Arbeitsgruppe Portugal im Arbeitsbereich Landwirtschaft. (evtl. Verkaufsüberschüsse gehen an portugiesische Landkooperativen).

ID-Bibliographie, Postfach 90 03 43, 6 Frankfurt 90

* Liebe Leser und Verleger, der Bibliograph packt nun die Koffer und verschwindet ein paar Wochen . Schickt trotzdem eure bedruckten Produkte weiterhin andiese famose Adresse. - Zur Herbstproduktion spä testens sehen wir uns wieder.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern
BEIRAT DES ID:
Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/ Schriftsteller -**Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/ Hochschullehrer - **Christian Geissler**. Schriftsteller - **Dr. Helmut Gollwitzer**/Theologe -**Holger Heide**/ Hochschullehrer **Otto Jägersberg**/ Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/ Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/ Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/ Hochschullehrer **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/ Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/ Regisseur - **Erwin Sylvanus**/ Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/ Verleger - **Gerhard Zwerenz**/ Schriftsteller

URTEIL IM GERLACH - PROZESS

Von der Juristengruppe c/o Asta Frankfurt:

FRANKFURT 1. AUGUST Am 31. 7. 78 fand in Frankfurt der letzte Verhandlungstag im Prozeß gegen Günter Gerlach statt. Ihm wurde in diesem Prozeß die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, dem Gefangenenrat vorgeworfen. Der Staatsschutzsenat am Landgericht Frankfurt trennte das Verfahren gegen Gerlach vom Verfahren gegen die übrigen neun Gefangenenratsmitglieder ab. Dieses hatte einen guten Grund: Gerlach erwies sich als sehr aussagefreudig, war aber auch sehr schnell dazu bereit, diese Aussagen an anderer Stelle zu widerrufen. Entsprechend erhoffte sich die Staatsschutzkammer in einem abgetrennten Verfahren gegen Gerlach Belastungsmaterial gegen die übrigen Gefangenenratsmitglieder zu erhalten und durch ein Urteil gleich richterlich absegnen zu können. Im Endeffekt vereinfacht dieses Verfahren den späteren Prozeß gegen die die neun anderen Gefangenenratsmitglieder, da in Zweifelsfällen auf die hiergemachten Aussagen Gerlachs zurückgegriffen werden kann. Um Gerlachs Ausagefreudigkeit durch eine vertrauliche Athmosphäre zu steigern, wurde auf seinen Wunsch hin das Publikum aus dem Saal gewiesen, solange Gerlach sich zur Sache äußerte. Dies wurde damit begründet, daß Gerlach sich von anderen Mitgliedern des Gefangenenrats, die im Zuschauerraum saßen, bedroht fühlte. (Der gleiche Effekt wurde bereits an einem früheren Termin erreicht, indem Staatsanwalt, Richter und Verteidiger telefonisch eine Terminverlegung vereinbarten, sodaß das unwissende Publikum sich vor einem leeren Sitzungssaal wiederfand.)

Was Gerlach aussagte, konnten die Zuhörer in der Zusammenfassung aus den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung erfahren, zu denen die Öffentlichkeit wieder zugelassen wurde. Selten bietet sich den Zuschauern eines Prozesses so ein Bild der Einhelligkeit der Verfahrensbeteiligten wie in diesem Prozess. Staatsanwalt Richter und Verteidigung waren sich einig in der Gefährlichkeit des GEfangenenrats. Der Gefangenenrat sei unter dem ehrenwerten Motiv der Gefangenenhilfe aufgetreten und habe die Opfer, die ihm aufgrund des Etikettenschwindels in die Falle gegangen waren für seine wahren Motive, Hass gegen Staat und Justiz zu säen, ausgenutzt. Auch Gerlach, der zunächst Hilfe vom Gefangenenrat erhalten habe, sei eines dieser Opfer

Nachdem der Gefangenenrat ihn durch finanzielle und sonstige Unterstützung in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht habe, wurde er nach seinen Aussagen als Bote für die kriminellen Absichten des Gefangenenrats eingesetzt. Er selber behauptet, das Pulver in die JVA Butzbach geschmuggelt zu haben, mit dem der dortige „Lebenslängliche" GüntherHanisch den Anstaltsleiter ermorden sollte. Sicher ist hierbei, daß Hanisch, der tatsächlich am 2. 6. 76 den Anstaltsleiter Künkeler tötete, hierzu selbstgebrautes Pulver verwendete.

Mit dieser Aussage Gerlachs konstruierten Staatsanwaltschaft, Richter und Verteidigung die Planung eines Verbrechens durch den Gefangenenrat, was diesen zu einer kriminellen Vereinigung nach § 129 macht.

Weiterhin behauptete Gerlach bei einer Unterredung des Gefangenenrats dabeigewesen zu sein, die die Tötung des Butzbacher Anstaltsarztes Maykemper zum Thema hatte. Nur sein Veto bei dieser Unterredung habe die Verwirklichung dieses Plans Plans verhindert. Auch diese Ausage ist nach Staatsanwalt, Richter und Verteidigung ein Beleg für die „Kriminelle Vereinigung" Gefangenenrat. Weiterhin waren sich auch alle Beteiligten darüber einig, daß Gerlach zusammen mit einigen anderen Mitgleidern des Gefangenenrats zunächst ein Auto aufgebrochen, eine Tasche und eine Mütze daraus geklaut, und nachher das ganze Auto gestohlen habe. Zudem ist er unbestritten mit diesem Auto mit einer Waffe ohen Waffenschein erwischt worden. Gerlach behauptet diese Waffe nur bei sich gehabt zu haben, weil er sie als Bote zu einem Mitglied des Gefangenenrats befördern sollte. Einigkeit herrschte auch im Saal, als es um die Glaubwürdigkeit Gerlachs ging, die immerhin durch zwei Widerrufe, die er nach gleichlautenden belastenden Aussagen gemacht hatte, etwas gelöchert war.

Gerlach sei glaubwürdig, da hier vor Gericht seine belastenden Aussagen wiederholt habe, obwohl er sich von seinen ehemaligen FReunden bedroht fühle. Außerdem habe er einst den Anschlag auf den Anstaltsleiter Künkeler vorausgesagt, bevor dieser tatsächlich geschehen wäre. Seine Widerrufe habe er, nach eigenen Angaben, nur unter Druck gemacht. Nach dieser seltenen Harmonie traten leichteste Unstimmigkeiten im Gerichtssaal auf, als es um die rechtliche Bewertung der Gerlach vorgeworfenen Taten ging:

Die Staatsanwaltschaft meinte, Gerlachs Aussagen hätten es zwar ermöglicht, den Gefangenenrat aufzudecken und dingfest zu machen, sein eigener Tatbestand — insbesondere als Sprengstoffbote — sei zu hoch, um ihn ohne Strafe davonkommen zu lassen. So forderte der Staatsanwalt für die kriminelle Vereinigung, die Diebstähle und den Waffenbesitz, zwei Jahre und zehn Monate. Die Verteidigung sah hier die Möglichkeit der Straffreiheit für ihren Mandanten gegeben.

Diese Möglichkeit wird im § 129 dann eröffnet, wenn ein Mitglied einer kriminellen Vereinigung durch seine Aussagen von dieser Vereinigung geplante Verbrechen verhindert. Gerlach habe dies im Falle Künkeler eigentlich getan, nur hätten die Behörden seine Aussagen nicht genutzt. Überhaupt habe Gerlach den Gefangenenrat durch seine Aussagen „platzen" lassen, daher Straffreiheit für ihn.

Zuletzt ergriff Gerlach noch selbst das Wort. Er machte den unmenschlichen Strafvollzug in der BRD dafür verantwortlich, daß Gruppen wie der Gefangenenrat in den Gefangenen einen solch günstigen Nährboden für ihre üblen Ziele fänden. Auch er wäre zum Opfer dieser Gruppe geworden, die die Dankbarkeit der Gefangenen und Entlassenen für ihre Hilfe auszunutzen wu-ten.

18 Monate ohne Bewährung lautete das Urteil. Zur Begründung wurde erst einmal ausführlich die Gefährlichkeit des Gefangenenrats beschrieben. Dieser sei eine kriminelle Vereinigung, wobei hier auf das Plädoyer der Staatsanwaltschaft verwiesen wurde. In Bezug auf diese kriminelle Vereinigung sei Gerlach allerdings nicht zu bestrafen, da er durch seine Aussagen den Behörden die Möglichkeit zum Einschreiten gegen den Gefangenenrat gegeben habe. Zudem belegten seine Aussagen, daß er sich von der Gruppe nicht nur passiv losgesagt habe, sondern auch auf deren Auflösung hingewirkt habe. Übrig blieben der Diebstahl und der Waffenbesitz, wobei Gerlach hier auch noch einschlägig vorbestraft sei. Entsprechend seien 18 Monate eine angemessene Strafe für ihn. Gründe, diese Strafe zur Bewährung auszusetzen, gebe es nicht.

Richter, Staatsanwalt und Verteidigung haben in diesem Prozeß erreicht, was sie wollten: eine reguläre Verurteilung des Gefangenenrats als kriminelle Vereinigung, was eine rechtliche Tatsache darstellt, die im nun bald folgenden Prozeß gegen den Gefangenenrat der Staatsanwaltschaft, wie auch dem Richter das Geschäft erheblich erleichtern wird. Man wird bei der Verhandlung der Frage, ob der Gefangenenrat eine kriminelle Vereinigung sei, stets auf das bereits von der gleichen Kammer gefällte Urteil zurückgreifen können.

Vorsichtig sollte man aber mit Verurteilungen und Qualifikationen Gerlachs als „Spitzel", „Verräter" etc. sein. Wohl kaum einer kann sich eine Vorstellung von dem psychischen und physischen Druck machen, der auf Gefangene, vor allem auf mögliche Mitglieder einer kriminellen Vereinigung gemacht wird. Der Knast allein ist schon Terror, was der Staat über den Knastalltag hinaus noch an Druckmitteln zu bieten hat, können wir nicht einmal in vollem Umfange abschätzen.

FILBINGERS SCHATTEN IM GERICHTSSAAL

BIBERACH 7. August *Der Prozeßbericht stammt aus dem 24. MOTZER (c/o W.-Schussen-Str. 66, 7953 Bad Schussenried):*

Uns geht es im Folgenden nicht darum, einen detaillierten Prozeßbericht zu schreiben (wir waren auch nur am letzten Prozeßtag dabei!), wir denken auch nicht an eine "Einschätzung" dieses Prozesses, die im nächsten MOTZER sicher vom KBW in gewohnter Manier nachgeliefert wird, sondern wir wollen nur aufzeigen, wie der jetzt auch in bürgerlichen Medien als NAZI gebrandmarkte FILBINGER seine Schatten auf den Biberacher 90 a - Prozeß warf.

Der Tatbestand, um den es ging, war folgender: zwei junge Frauen aus Biberach waren angeklagt, im letzten Herbst KBW-Plakate geklebt zu haben, auf denen Filbinger in Aktion zu sehen war - einmal, wie er in Nazi-Uniform einen Gefangenen erschießt und daneben, wie er in der Uniform eines Gefängniswärters eine Pistole unter einer Zellentür durchschiebt. Bildunterschrift: "So oder so - das sind KZ-Methoden!"
Attackiert wurde mit dem Plakat das Kontaktsperregesetz, mit dem praktisch jeder jederzeit im Knast in Totalisolation (ohne Kontakt zu Rechtsanwalt, Familienangehörigen etc.) verschwinden kann.

Die Klage lautete auf "Verungimpfung des Staates und seiner Symbole" (§ 90 a StGB). In allen uns bekannten Fällen wurden die ausschließlich betroffenen KBW-Mitglieder wegen der gleichen "Delikte" in der gesamten BRD fast immer mit 6 Monaten Gefängnis (zur Bewährung) zuzüglich Geldstrafen bedacht.

Der Biberacher Prozeß war nun aber deshalb interessant, weil er der erste war, der nach den von Filbinger publik gewordenen Todesurteilen während seiner Nazi-Richtertätigkeit verhandelt wurde. Und wie erwartet, argumentierten die Anwälte von Margret auch genau in der Richtung: "Wie kann dieser Ministerpräsident Filbinger in dieser Hinsicht überhaupt noch verleumdet werden? " Und auch Bezüge zu aktuellen Filbinger-Karikaturen in bürgerlichen Medien wurden hergestellt: Filbinger mit Nazi-Armbinde, Filbinger mit Beinen, die als Hakenkreuze gestaltet sind.

Genauso attackierten sie den Rechtspositivismus, der hinter Filbingers Satz steht: "Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein." Damit werde doch genau die Kontinuität zwischen dem "Recht" im faschistischen Deutschland und dem Recht in der "demokratischen" BRD veranschaulicht. "Deshalb ist es durchaus möglich, das Kontaktsperregesetz mit KZ-Methoden zu vergleichen", führten die Anwälte weiter aus. Und daß die Verhältnisse in den deutschen Haftanstalten für politische Häftlinge (und nicht nur für die) oft menschenunwürdig seien, wisse jeder, der sich einigermaßen sachlich informiere. "Die Möglichkeit, physisch und psychisch Häftlinge zu Tode zu bringen, besteht in der BRD" und: "In jedem Fall liegt die politische Verantwortung für den Tod von Baader, Ensslin und Raspe bei der baden-würtembergischen Landesregierung und damit bei Filbinger."

Daß die Anwälte darüberhinaus auch auf die Kunstfreiheit nach Art. 5, 3 Grundgesetz verwiesen, die auch für politische Karikaturen gelte, die zu Agitationszwecken verwendet werde (OLG Köln), sei nur kurz erwähnt.

Interessant war dann das Urteil. Ulrike, die nicht mehr Mitglied im KBW ist, wurde freigesprochen - das war klar, weil auch der Staatsanwalt in ihrem Fall für Freispruch plädiert hatte.
Für Margret dagegen, nach wie vor im KBW, hatte der Staatsanwalt 6 Monate Haft und 800 Mark Geldstrafe gefordert. Sie wurde dann auch in vollem Umfang der Anklage für schuldig befunden. Der Richter kam aber doch um Filbingers aktuelle Nöte nicht herum: "Die heutigen Ereignisse um Ministerpräsident Filbinger spielen für dieses Urteil keine Rolle, weil die Tat im vergangenen Oktober begangen wurde", ließ er sich in der mündlichen Urteilsbegründung vernehmen. Daß sie aber doch eine ganz entscheidende Rolle spielten, spürte man förmlich am äußeren Ablauf des Prozesses. Sämtliche Angriffe auf die Person Filbinger, die wiederholten Beifallskundgebungen aus den spärlich besetzten Zuhörerreihen, nahm der Richter ungerührt hin. Kein Ordnungsruf, nichts!

Um bei der Bemessung des Strafmasses im Urteil ja nicht den Anschein zu erwecken, Filbingers umstrittene Person wirke jetzt strafmildernd, weil im Nachhinein von dem Vorwurf der Verleumdung seiner Person angesichts der Tatsachen nicht mehr viel übrigbleibt, mußte jetzt als strafmildernde Hilfskonstruktion die "unreife Persönlichkeit" von Margret, "die Festlegung in eine politische Richtung, die wir nicht bewerten wollen", die "politische Verirrung" und die "Ausnutzung durch den KBW" herhalten.

Das Ergebnis: das mildeste Urteil, das wohl in einem solchen Verfahren je gefällt wurde - 300 Mark Geldstrafe. Außerdem trägt die Staatskasse - wenn wir das bei der leisen Stimme des Richters richtig mitbekommen haben - die Kosten des Verfahrens.

Ein bemerkenswertes Urteil also - im Schatten von Hitlers Marinerichter Filbinger.

TREFFEN DER RUSSELL–UNTERSTÜTZUNGS–GRUPPEN

MARBURG 10. August *Von der Russell-Initiative Marburg:*

Liebe Russell-Unterstützungsgruppen,
wie von Sekretariat und Beirat im Rundbrief 12 angekündigt, sollte im Herbst eine von ihnen einberufene bundesweite Konferenz der Unterstützungsgruppen stattfinden. Die 1. Arbeitskonferenz der Unterstützerbewegung (Frankfurt, 24./25.6.78) sah ebenfalls die Notwendigkeit dieser Herbstkonferenz, nicht zuletzt, um die in Frankfurt begonnene Diskussion weiterzuführen. Zur Strukturierung der Herbstkonferenz soll ein Vorbereitungstreffen stattfinden. Die Marburger Russell-Initiative wurde von der Frankfurter Konferenz mit der Durchführung dieses Treffens beauftragt.

Nach Auskunft der Sekretariatsmitglieder Detlef Haritz und Michael Schwelien hat das Sekretariat inzwischen von der Durchführung einer Konferenz Abstand genommen. Diese Entscheidung befindet sich in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Delegiertenrates des 'Sozialistischen Büros Offenbach', die geplante Konferenz nicht durchzuführen. Sowohl Sekretariat als auch das 'Sozialistische Büro Offenbach' befürchten, daß es bei einer Konferenz aller Teile der Unterstützerbewegung zu einer unfruchtbaren und destruktiven Auseinandersetzung kommen könnte. Die Erfahrungen sowohl des Marburger Arbeitstreffen vom Mai 1978 als auch die der Frankfurter Arbeitskonferenz widersprechen den Befürchtungen. Natürlich können wir nicht erwarten, daß bei der Zersplittertheit der Linken in der Bundesrepublik nach eineinhalb Jahren Zuarbeit zum Russell-Tribunal eine in sich geschlossene Anti-Repressionsbewegung in der Bundesrepublik existiert. Immerhin waren in Frankfurt Diskussionsprozesse zwischen den verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen möglich, die so vor einem Jahr nicht denkbar gewesen wären. Um so notwendiger ist eine weitere Auseinandersetzung, (besonders nach dem letzten Rundbrief 13, abgedruckt auch im ID 240).

Da Sekretariat und Beirat die geplante Konferenz nun nicht durchführen werden, müssen wir in der Unterstützerbewegung

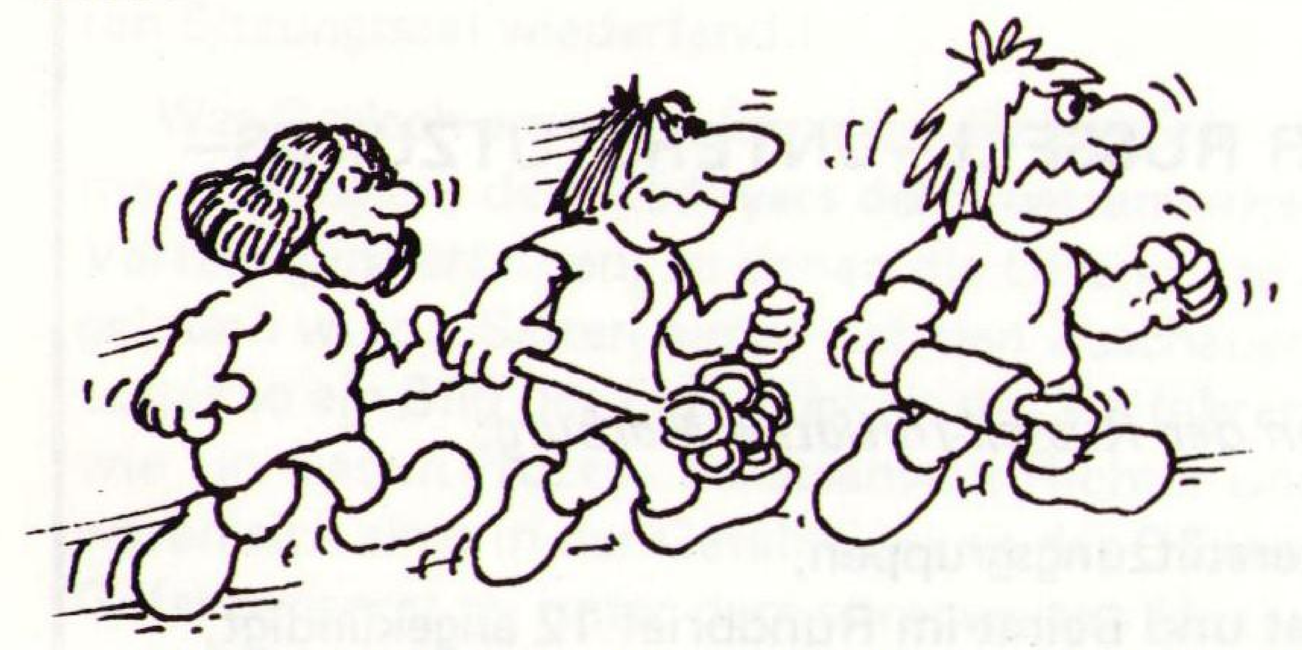
diskutieren und entscheiden, ob und wann wir eine Konferenz unabhängig von den Gremien des Tribunals durchführen wollen.
Gerade im Hinblick auf die Diskussionsergebnisse von Frankfurt

- Autonomie der Unterstützerbewegung,
- Anti-Repressionsarbeit auch über Russell hinaus,
- keine Selektivität in Bezug auf die Unterstützer

halten wir es für notwendig, in der Diskussion der in Frankfurt zu kurz gekommenen Punkte fortzufahren. Dies gilt besonders für die Inhalte der Frankfurter Arbeitsgruppe 3: Perspektiven einer weitergehenden Anti-Repressionsarbeit.

Wir schlagen euch vor, am 9./10. September 1978 in Marburg ein Vorbereitungstreffen durchzuführen, zu dem die Unterstützergruppen Vertreter mit Voten der einzelnen Initiativen schicken. Pro Russell-Gruppe bitte nicht mehr als mit 2 - 3 Delegierten kommen. Bei diesem Zusammenkommen muß vor allem geklärt werden, ob wir die Arbeitskonferenz im Oktober durchführen wollen und welche Initiative sich bereit erklärt, dieses Treffen zu organisieren. Falls wir uns positiv entscheiden, müssen die Inhalte und Arbeitsschwerpunkte festgelegt werden."

Vorherige Anmeldung mit Angabe der gewünschten Schlafplätze ist bis spätestens 2. September erwünscht, Adresse: Russell-Initiative Marburg c/o Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg, Tel. 06421/24787



ANTI - NUCLEAR - POWER - SHOW IN IRLAND

DUBLIN
9. AUGUST

Zu der im ID Nr. 238 angekündigten ersten Demonstration gegen ein AKW in Irland haben wir inzwischen noch etwas mehr erfahren. Das jetzt im County Wexford geplante Atomkraftwerk ist das erste in Irland. Eine Planung zum Bau von AKW's gibt es erst, seitdem Irland Mitglied der EG ist. Die Veranstalter der Manifestation möchten gern, daß es weder ein Festival, noch eine brave Demonstration wird. Es soll irgend etwas dazwischen sein, deshalb nennen sie es anti-nuclear power-show. Geplant sind ausstellungen zu Atomkraftwerken und Alternativen, workshops, viel Unterhaltung, Theater und viel Musik. Wer kommen will, kann zelten, es gibt viel Platz, Wasser ist da, Schwimmen kann man auch, für Essen wird gesorgt, alles umsonst.

Programm:
Freitag, 18. 8. 78, 18.45 Uhr, die Veranstalter wollen den Zweck der Veranstaltung erklären; ab 19.00 Uhr Musik.
Sonnabend, 19. 8. , von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhrworkshops, Diskussionen, Straßentheater und anderes zum Thema AKW's, ab 19.00 Uhr Musik.
Sonntag, 20. 8. ab 10.00 Uhr Musik und workshops, 12.00 bis 16.00 Uhr offene Diskussion über die Zukunft der Anti-AKW-Bewegung in Irland, ab 19.00 Uhr wieder Musik.

Der Ort heißt Carnsore Point im Co. Wexford, im äußersten Südosten, 10 Meilen von Wexford. Er ist am Besten über die Fähren von Le Havre oder Cherbourg nach Rosslare zu erreiche. Von Rosslare Harbeor aus ist ein Busdienst organisiert.

Kontakt: 168 Rathgar Road, Dublin 6, Irland/ Rhoda McManus, Arts Centre, Wexford, Tel.: 05323764

DIE AUSSENWELT DER INNENWELT

FRANKFURT
1. AUGUST

Unter der Überschrift „Praxisbericht" veröffentlichte die Dabbeltrabbel, eine Zeitschrift Frankfurter Wirtschaftsstudenten, ein Interview mit zwei Volkswirten, die im Beruf stehen und doch nicht stehen: sie gehen beide davon aus (der eine mehr, der andere weniger), daß sie immer noch die Wahl haben,
in einem Alternativbetrieb zu arbeiten,
an der Uni,
als Volkswirt in einer Zentrale,
oder als Jobber.
Das prägt.

In dem Interview kommen vor: „A", der in der Zentrale einer großen Firma sitzt und nach Dienstschluß in einen Alternativbetrieb geht oder sich an seine Dissertation setzt;
„B", der schon länger sein Examen hat und seitdem arbeitet;
„C", B's Freundin, die einmal auf B's Verhältnis zur Wohnung zu sprechen kommt;
„R" ist die Redaktion der Dabbeltrabbel.

Was wir abdrucken ist weniger als die Hälfte des Artikels in der Dabbeltrabbel. Vor allem fehlt vielleicht zuviel aus der Zeit, in der A und B Studenten waren. Die Dabbeltrabbel gibts beim AStA der Uni Frankfurt.

Für Leute, die mit den Frankfurter Verhältnissen nicht sehr vertraut sind, ein paar Erklärungen zu Namen, die im Interview fallen:

Batschkapp-Disco: die Batschkapp ist ein von Spontis betriebenes Kulturzentrum, in dem neben Theater-, Film-, und anderen Vorführungen auch Tanzveranstaltungen, sogenannte Discos, stattfinden, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

Campus und Koz: Der Campus ist das Universitätsgelände und darauf befindet sich auch das Koz, ein Kommunikationszentrum, wo man/frau sich bei Kaffee trifft.

Kiesgrube: ein von Linksradikalen bevorzugter Badetümpel vor Frankfurt.

Strandcafe: ein von Spontis betriebenes Cafe (heißer Tip: Erdbeeren (wenn's noch welche gibt), Eis und Schlagsahne und auch sonst alles.

Pflasterstrand: Zeitung der Linksradikalen in Frankfurt.

WiWi-Gruppe: eine Gruppe von Leuten, die Wirtschaftswissenschaften studieren.

R: A, du hast gesagt, daß du die Möglichkeit gehabt hättest, in Alternativbetrieben oder an der Uni zu arbeiten. Warum hast du dann die Stelle als Volkswirt in der Zentrale dieser XY-Firma genommen?

A: Mit der Uni ist mir das klar. An der Uni war ich erst mal lange genug. Das wäre keine neue Erfahrung gewesen. Außerden habe ich über die Dissertation noch genug Kontakt zur Uni.

R: Warum wolltest du dann eine Stelle annehmen?

A: Ja, da ist zuerst ein Wissensinteresse, zu sehen, wie funktioniert so ein Betrieb, und zweitens damit dann was anfangen zu können. Und das hat damit was zu tun, was ich in dem Alternativbetrieb gemacht habe. Ich habe da viel mit Buchhaltung, mit Auseinandersetzungen mit Behörden zu tun gehabt. Dabei habe ich oft die Erfahrung gemacht, daß von Dingen, die man wissen muß, um so ein Unternehmen nach außen abzu-

sichern, oft niemand genug weiß. Und das ist eigentlich auch eine der Perspektiven, warum ich das mache. Ich denke über direkte Sachen oder Konflikte hinaus, daß ich da was lernen kann, was ich dann später für Tageszeitung (linke) o. ä. dann gebrauchen kann. Ich kann mir auch vorstellen, daß ich später wieder an die Schule, Uni zurückgehe.

R: Hast du denn das Gefühl, daß du jetzt etwas in deiner Stellung lernst, was du dann anwenden kannst?

A: Ja, ja.

R: An technischem Wissen oder an Informationen, die du dann weitergeben kannst?

A: An technischem Wissen, Betriebsleitung, Buchführung etc.

R: Nicht an Informationen über den Betrieb (besonders üble Praktiken), die du weitergeben kannst?

A: Das auch, aber es ist witzlos, Informationen, die ich bekomme, einfach so rauszugeben, weiter öffentlich zu machen. Das denke ich , ist sinnvoll, wenn es irgend einen Konflikt gibt, was ich für absehbar halte, aber das ist nicht vorausplanbar.

B: Das widerspricht aber dem, was du oben zu deiner Stellungssuche gesagt hast, wo du doch jetzt klare Vorstellungen formulierst, was du mit deinem Wissen anfangen willst. Von daher wäre es doch sinnvoller gewesen, nach einer Stelle als Assistent des Geschäftsführers zu suchen. Was du da so sagst, ich gehe zurück an die Uni, in den Alternativbetrieb, hört sich zwar gut an, aber ich halte das für ein Gerücht. Wenn einer so 'ne Stelle hat wie du, dann kann er auch jobben. So wie du das machst, dann ist das die ganz normale Situation, d. h. Beschäftigungsweg eines Diplom-Volkswirts, der irgend wann auch einmal links gewesen ist, immer noch hofft, einmal aussteigen zu können. Nur seh' ich da schwarz.

A: Warum?

B: Weil dein ganzes Studium dann überflüssig ist, weil du für Alternativbetriebe das ganze nicht brauchst. Wieviel Seminare hast du gemacht, die einfach für den Bereich, in dem du in den Alternativen arbeiten willst, überhaupt nichts gebracht haben?

A: Stimmt nicht. Wenn du in einem solchen Bereich arbeitest, dann mußt du erst mal das technische Wissen haben, und das möglichst genauso gut, wie die Leute in den Behörden, mit denen du ja umgehen mußt.

. . .

A: Es ist tatsächlich eine Gefahr, wenn du mal drin bist, dann ist es eine Möglichkeit, du hältst dich aus allem raus. Dann ist es aber auch eine Gefahr, weil du in einer hohen Position bist. Du hast natürlich auch die Möglichkeit, Dinge, die du für Auswüchse hältst, zu verändern. Aber das ist der Anfang vom Identifizieren; das, denke ich, ist die Gefahr. So einfach hingehen und dich raushalten, — so lange das geht, geht's, das ist kein Problem.

B: Aber du kannst dich doch nicht dein Leben lang raushalten!

A: Es geht nicht um ein Leben lang, es geht um die Zeit von etwa zwei Jahren, und das ist festgelegt und das weiß auch jeder, mit dem ich zusammen bin.

B: Raushalten oder nicht, ist, glaube ich, erst mal nicht die Frage. Faktisch ist doch, daß du mit Leuten zusammen bist, die zwar von mir aus noch radikal-demokratisch sind, aber eine ganze Menge Sachen kannst du mit denen nicht diskutieren. Die Leute haben natürlich eine ganz bestimmte Rollenerwartung an dich, die merken schließlich ja auch, daß du anders bist, andere Verhaltensweisen und so. Hinzu kommt, daß du ja vor dir selbst erst mal beschissen dastehst, wenn du so eine Stelle hast. Und da sehe ich eine Gefahr, wenn du versuchen mußt, dich auf die Leute einzustellen.

A: Nein, der Ansatz ist falsch. Ich muß mich auf die einstellen, wenn ich glaube, mit denen partiell etwas zusammen machen zu können, und seien es radikal-demokratische oder sogar nur demokratische Sachen.Aber das denke ich nicht.

B: Trotzdem mußt du bestimmte Verhaltensnormen erfüllen. Wenn die z. B. abends einen trinken gehn, gehst du das dritte Mal nicht mit, aber beim vierten Mal gehst du doch mit. Du brauchst ja einen gewissen Grad an Minimalkommunikation, und darin kannst Du nur existieren, wenn du das längerfristig machst. Du verhältst dich ja auch anders, als wenn du jobbst, machst nicht krank, etc. Wenn man so eine Stelle nur kurzfristig machen will, wie du sagst, dann frage ich mich, warum nicht einfach jobben. Da kannst du auch was vom Betrieb mitkriegen.

A: Die Erfahrung, die ich mit Jobs gemacht habe, ist halt eine andere. Ich habe da nichts mitbekommen, mußte total bescheuerte Arbeiten machen, wo es dann tatsächlich so war, und das viel stärker als jetzt, daß ich abends nach Hause kam, paar Biere in den Kopf gehauen hab, und dann war Schluß. Dann bin ich gerade noch zur Batschkapp Disco oder sonst irgendwo hin gekommen. Mehr ist da nicht gelaufen. Und gerade da denke ich, daß mich das auf die Dauer eher kaputt machen würde. Und das wechselt natürlich noch mit Perioden, wo du mal keinen Job hast, wo dann das Geld knapp wird und wo du dann in dieser Beziehung auf dem Schlauch stehst. Dieses ständige Hin und Her lähmt meiner Meinung nach noch viel mehr. Ich erfahr im Moment dagegen, daß die Zeit, die mir bleibt, viel intensiver von mir genutzt werden kann, auch im Vergleich zu der Zeit, als ich im Prinzip den ganzen Tag für mich hatte.

B: Wenn du jetzt so die Vorteile von dem Beruf aufzählst, liegt da doch eine große Gefahr drin. Du kannst dir ja genau ausrechnen, daß trotz aller Schwierigkeiten, die du da hast, und die Schwierigkeiten liegen eigentlich auf dieser Ebene, die nicht so gefährlich erscheint, weil sie langfristig nur gefährlich sind, nämlich sich zu integrieren, politisch nichts mehr zu machen, also das dies die bequemste Art ist, Geld zu verdienen.

A: Nein, das stimmt nicht. Das stimmt nicht, daß das im Moment unmittelbar bequem ist, und daß die Probleme nur intellektuell bei langfristiger Betrachtung auftauchen. Die treten, so wie ich das bisher sehe, jeden dritten Tag mal auf, daß da irgendwo ein Typ kommt, was will, und daß ich da wirklich dastehe — also einmal habe ich schon dagesessen und mir gedacht, es hat eh' keinen Sinn, du stehst jetzt auf und gehst einfach. Und sowas kommt in der Woche mindestens einmal vor.

R: Das ist ein bißchen problematisch, wie du (B) das so sagst. Du bringst da so eine moralische Wertung, indem du sagst, das wäre der bequeme Weg und setzt dem das Jobben entgegen. Damit verbindest du, daß man dabei nicht integriert wird, widerstandsfähig ist. Und das finde ich erstmal fragwürdig. Aber zu einer anderen Frage. Ich glaube, daß man, wenn man so eine Stelle durchstehen will, Wert darauf legen muß, Leute zu haben, mit denen man reden kann, die einen auf Veränderungen bei einem selbst aufmerksam machen, die das, was man tut, kritisch hinterfragen. Sonst besteht die Gefahr, seine Identität als Linker zu verlieren. Wie sieht das konkret bei euch aus?

Die Freunde

A: Leute, mit denen ich zusammen bin, sind erstens welche, die ich auf persönlicher Ebene gut kenne (Wohngemeinschaft etc.), zweitens Leute, die ich noch aus der Uni kenne, die zum Teil noch an der Uni sind oder auch zum Teil schon arbeiten oder einfach herumflippen. Außerdem gibt es noch die Leute aus dem Alternativbetrieb. Mit all denen red' ich über die Arbeit und meine Probleme damit.

R: Du hast auch genügend Zeit dazu?

A: Ja, ich glaub schon.

ich also eine Rolle spiele, die ich abends nicht einfach beiseite schieben kann. Vielleicht mal ein Beispiel dazu: ich bin da mal so in der Gegend von der Kiesgrube rumgefahren und habe zwei Anhalterinnen mitgenommen. Die haben mich dann eingeladen, mit an die Kiesgrube zu kommen, zum Nacktbaden. Was ich abgelehnt habe. Ich saß da im Anzug im Auto und das hätte für mich eine unheimliche Schwierigkeit bedeutet, den Anzug auszuziehen, nacktzubaden, den Anzug wieder anzuziehen und weiterzuarbeiten. Weil so die Rolle, die ich da so drauf habe, die kann ich nicht unterbrechen.

A: Ja, das sehe ich bei mir auch so. Ich kann z. B. auch nicht, wenn ich mittags Zeit habe, ins KOZ gehen oder ins Strandcafé. Mir ist auch sehr unangenehm, wenn Leute ins Büro kommen oder auch nur anrufen. Ich führe praktisch keine privaten Telefongespräche.

C: Um nochmals auf die Kontrolle zurückzukommen. Ich glaube auch, daß etwa 'ne WG schon eine große Rolle spielt, denn im Moment bin ich eigentlich die einzige, die dich größer „kontrollieren" kann.

R: In diesem Zusammenhang wäre es vielleicht auch mal wichtig, nach dem Bezug zu deiner Wohnung zu fragen.

B: Ja, die Wohnung ist für mich „Heile Welt",

C: Das ist für ihn schon unheimlich wichtig, weil er sich daraus kaum wegbewegen möchte; seine vier Wände, das verkörpert so Ruhe und Ordnung, da muß man Kämpfe drum führen bis er da raus kommt. Dann fehlen die eigenen Sachen, die gewohnte Umgebung, da kann er sich nicht so sicher fühlen.

R: Und bei dir, A?

A: Ich weiß nicht. Bei mir ist das nicht so sehr die Wohnung, sondern mehr die Leute, mit denen ich zusammenwohne, zusammenkoche, rede . . .

R: Was anderes. Ich möchte noch gern wissen, was bei dir hinter der Dissertation steht. Fortsetzung folgt....

laubnis, die - soweit ersichtlich - in dieser Form erstmals in der Bundesrepublik erging, nachdem kurz vorher das Bundesverfassungsgericht die Zulässigkeit einer derartigen Anordnung aus der Verfassung abgeleitet hatte.

Einstweilige Anordnung und Bestätigung der Verpflichtung zur Erteilung der Arbeitserlaubnis im Hauptverfahren halfen jedoch nichts, da der Arbeitsplatz zwischenzeitlich anders besetzt worden war und damit die Gerichtsentscheidungen, die sich auf einen bestimmten Arbeitsplatz beziehen, hinfällig waren.

Der Antragsteller wies dem Arbeitsamt einen neuen Arbeitsplatz in der Gastronomie nach und beantragte erneut die Arbeitserlaubnis hierfür. Das Arbeitsamt stellte sich trotz der vorherigen Belehrungen durch das Sozialgericht stur und verweigerte erneut die Erlaubnis allein mit dem Hinweis auf die allgemeine Arbeitsmarktlage.

Zwischenzeitlich hat die Ehefrau des Antragstellers einen Sohn geboren, der versorgt sein will. Dem Vater sind jedoch die Hände gebunden. Er beantragte zwar wieder den Erlaß einer einstweiligen Anordnung, befürchtet jedoch, daß auch dieser Arbeitsplatz vor der Entscheidung des Sozialgerichts wieder verlorengeht. Wie sozial ist ein Arbeitsamt, das einen unrechtmäßigen Verwaltungsakt wiederholt, obwohl das Gericht in dem ersten Verfahren ausdrücklich feststellte, daß auch die Ablehnung der Erteilung der Arbeitserlaubnis für den zweiten Arbeitsplatz unrechtmäßig sein wird.

Rechtsanwalt Michael Neumann, Kirchdorfer Straße 84, 2102 Hamburg 93



RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SED 1602